

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Ministerpräsident Dr. Markus Söder

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Sebastian Körber

Abg. Patrick Friedl

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Thomas Kreuzer

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Horst Arnold

Abg. Christoph Skutella

Abg. Florian Streibl

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Raimund Swoboda

**Präsidentin Ilse Aigner:** Damit trete ich in die Tagesordnung ein und rufe die **Tagesordnungspunkte 1 a und 1 b** zur gemeinsamen Beratung auf:

### **Gesetzentwurf**

**nach Art. 74 der Verfassung des Freistaates Bayern**

**Volksbegehren "Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern - Rettet die Bienen!"**

**Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes zugunsten der Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern ("Rettet die Bienen!")**

**(Drs. 18/1736)**

**- Erste Lesung -**

und

### **Gesetzentwurf der Abgeordneten**

**Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. (CSU),**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und**

**Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Zweites Gesetz zugunsten der Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern**

**(Gesamtgesellschaftliches Artenschutzgesetz - Versöhnungsgesetz)**

**(Drs. 18/1816)**

**- Erste Lesung -**

Im Ältestenrat wurde eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 54 Minuten festgelegt. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 16 Minuten, auf BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN 10 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER 8 Minuten, auf die AfD und die SPD je 7 Minuten sowie auf die FDP-Fraktion 6 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk können bis zu 3 Minuten sprechen. Die Redezeit der Staatsregierung beträgt 16 Minuten, sie kann aber wie immer natürlich unlimitiert sprechen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder das Wort.

**Ministerpräsident Dr. Markus Söder:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute ist ein wichtiger Tag für Bayern. Heute schlagen wir ein neues Kapitel für unser Land auf. Der Startschuss erfolgt mit den beiden Gesetzen, aber auch mit dem Antragspaket, das noch gestellt wird. Das ist ein neues Kapitel, ein Startschuss, für einen Generationen- und Gesellschaftsvertrag für Natur, Artenschutz und Landwirtschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wird am Ende das größte agrarökologische Konzept für Bayern seit dem Ende der 1970er-Jahre sein. Es ist nur vergleichbar mit der damaligen Einführung des ersten Umweltministeriums, die Bayern zum Pionierland für Umweltschutz und Naturschutz gemacht hat. Bayern wird damit am Ende Modell- und Trendsetter in Deutschland, Vorbild und Maßstab für andere sein. Für uns ist eines ganz klar: Wir haben den Impuls der Bürgerinnen und Bürger mit fast zwei Millionen Unterschriften aufgenommen. Ministerpräsident, Staatsregierung und Landtagsfraktionen waren aufgefordert, das Richtige für Land und Leute zu tun. Das Richtige heißt, nicht einseitig, sondern umsichtig zu agieren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen war unser Grundsatz von Anfang an: Rettet die Bienen, aber rettet auch die Bauern!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das war keine einfache Entscheidung; denn – das muss jeder wissen – hier wird eine grundsätzliche Weichenstellung vorgenommen. Ich habe selbst lange nachgedacht, viel diskutiert, zugehört, in Bevölkerung und Landwirtschaft hineingehört, mitdiskutiert, abgewogen und am Ende als Ministerpräsident – das ist Führungsverantwortung – der Koalition einen Weg empfohlen. Ich bin sehr dankbar, dass die Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN diesen Weg mitgehen. Ich gebe zu: Das war eine wichtige Bewährungsprobe.

Meine Damen und Herren, wir gehen jetzt einen Weg der Verantwortung und der Nachhaltigkeit. Wir legen – davon bin ich überzeugt – ein in Deutschland einmaliges

Gesamtpaket für Artenschutz und Landwirtschaft vor und werden damit – das darf man wirklich sagen – nicht nur einen kleinen und wichtigen Teil des Volksbegehrens umsetzen, sondern für unsere Bürger, für die Landwirte, vor allem aber für Natur- und Artenschutz auch eine völlig neue Dimension erreichen. Ich sage Ihnen eines: Das sind wir den kommenden Generationen auch schuldig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was ist der Dreiklang? Der Dreiklang ist: Annehmen, Verbessern, Versöhnen und Ausgleichen.

Erstens. Wir empfehlen die Annahme des Volksbegehrens. Warum keinen Gegenentwurf? Warum wollen wir es nicht streitig stellen? – Nun, meine Damen und Herren, ich glaube zum einen, dass es wichtig ist, dass ein Landtag und eine Staatsregierung das Votum so vieler Menschen nicht ignorieren, sondern akzeptieren. Zum anderen – das wurde am Runden Tisch auch ausdrücklich gesagt – wäre in der Kürze der Zeit kein wirklich substanzieller, vollständiger Gegenentwurf möglich gewesen. Meine Sorge wäre darüber hinaus aber auch noch gewesen, dass ein Gegenentwurf zu einer Spaltung der Gesellschaft beigetragen hätte, dass Gräben vertieft worden wären und dass am Ende für die eine oder andere Seite vielleicht sogar nichts erreicht worden wäre. Deswegen, meine Damen und Herren, glaube ich, dass mit dem Weg, den wir jetzt gehen, nicht für alle alles, aber für viele eine Menge erreicht und ein großer Fortschritt erzielt und damit das Richtige für Bayern erreicht wird. Wir nehmen also das Volksbegehren an.

Zweitens. Wir verbessern aber auch, und zwar im Einverständnis mit den Initiatoren und nach guten Gesprächen am Runden Tisch. Wir verbessern den Entwurf, nehmen Klarstellungen und Ergänzungen vor und vermeiden so unbeabsichtigte Härten für die Landwirtschaft. Wir nutzen Gestaltungsspielräume soweit wie möglich zugunsten der Landwirtschaft und gehen dabei so unbürokratisch wie möglich vor.

Drittens. Versöhnen und Ausgleichen. Wenn schon, meine Damen und Herren, dann richtig, nachhaltig und langfristig: Wir wollen wirklich einen echten Generationen- und Gesellschaftsvertrag vorlegen, der nicht nur auf die Landwirtschaft blickt. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir klarmachen: Artenschutz ist nicht nur Sache der Landwirtschaft. Wir alle sind betroffen: Kommunen, Kirchen, der Staat; aber auch jeder Einzelne, meine Damen und Herren, muss seinen eigenen Beitrag für mehr Natur- und Artenschutz in Bayern leisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das, was wir auf den Weg gebracht haben – das gebe ich zu –, ist eine neue, aber auch eine moderne und, wie ich finde, sehr kooperative Form der Gesetzgebung und der politischen Entscheidungsfindung. Manch einer fragt: Braucht es denn so etwas überhaupt? – Klimawandel, Artenschwund; ach, das ist doch gar nicht ernst gemeint; das stimmt doch gar nicht. – Meine Damen und Herren, jeder, der ernsthaft diskutiert, weiß, dass die Lage schon dramatisch ist. Wir haben zweistellige Verlustraten bei Insektenarten und damit auch bei Biomasse innerhalb der letzten 20, 30 Jahre. Die Rote Liste gefährdeter Arten zeigt eindeutig auf, dass durchschnittlich 40 % der Insektenarten gefährdet oder bereits ausgestorben sind. Der aktuelle Bericht des Weltbiodiversitätsrates rüttelt auf: Weltweit sind eine Million Arten in den kommenden Jahren vom Aussterben bedroht, weltweit sind 85 % der Feuchtgebiete zerstört. Es gibt einen enormen Verlust von Bestäuberinsekten. Das kann zu einer Beeinträchtigung, ja sogar zur Vernichtung unserer gesamten Nahrungsmittelproduktion führen.

Dies zeigt: Der Kampf gegen das Artensterben ist eine existenzielle gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Umweltpolitik wird nicht von einer Gruppierung gepachtet; sie hat moralische Dimension für uns alle. Ich glaube übrigens auch, dass wir eine Diskussion führen müssen, in der wir überlegen, wie wir neue Leitgedanken entwickeln und Wachstumsbegriffe verändern.

Klimawandel und Artenschwund, meine Damen und Herren, sind nicht zu ignorieren. Wir würden uns versündigen, wenn wir uns nicht bemühen, jeder vielleicht mit ganz unterschiedlichen Ideen, unseren Kindern und Kindeskindern eine Antwort auf die damit verbundenen Fragen zu geben. Wir haben noch die Chance zur Umkehr. Wir haben die Möglichkeit, etwas zu verändern. Wir sind dafür gewählt, es besser zu machen. Deswegen sollten wir das tun.

Wir sagen Ja zu Wachstum, aber zu einem Wachstum mit Sinn, nicht zu einem unbegrenzten, sondern einem qualifizierten Wachstum. Ich glaube, wir brauchen eine neue Nachhaltigkeitsethik, meine Damen und Herren. Das Schwierige dabei ist aber – das sage ich offen –, nicht nur zu mahnen. Für Politiker reicht es auch nicht, sich in moralischem Purismus zu ergehen. Entscheidend ist, nicht nur zu mahnen: Politik muss auch machen. Das tun wir am heutigen Tag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Natur in Bayern ist einer unserer größten Schätze. Meine Damen und Herren, die bayerische Heimat und die Natur müssen aber auch von jemandem gehegt und gepflegt werden. Ich finde, wir sollten nicht vergessen, dass unsere Landwirtschaft dazu einen überragenden, entscheidenden Beitrag leistet. Bayern ist und bleibt Agrarland Nummer eins. Mit über hunderttausend bäuerlichen Betrieben sind wir eine der wichtigsten landwirtschaftlichen Kernregionen in ganz Europa. Der Umsatz beträgt über 120 Milliarden Euro; rund 900.000 Menschen sind in der Landwirtschaft beschäftigt und leisten, ob biologisch oder konventionell, hervorragende Arbeit.

Morgen werden wir wieder Staatsgäste haben. Jeder, der nach Bayern kommt, fragt immer, ob es etwas Traditionelles zu essen gibt, ob es Lebensmittel gibt. Diese Lebensmittel muss jemand produzieren. Das tut unsere Landwirtschaft. Nachdem die halbe Welt bayerische Nahrungsmittel liebt, sollten wir auch mehr stolz auf diejenigen sein, die sie herstellen und produzieren, und ihnen dankbar sein: Das ist unsere Landwirtschaft.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unsere Aufgabe ist, für beides Perspektiven zu zeigen: Für Natur- und Artenschutz und für die Landwirtschaft, vor allem, weil wir eigentlich eine Landwirtschaft haben, die wir uns auch anderswo wünschen würden. In Bayern sind rund 99 % der Betriebe Familienbetriebe mit Verantwortung, mit Blick auf die nächste Generation. Wir wollen keine Agrarmanager, keine Agrarfabriken. Meine Damen und Herren, deshalb ist es unsere Aufgabe – ich erkenne übrigens auch ausdrücklich an, dass die Initiatoren des Volksbegehrens am Runden Tisch gesagt haben, dass sie das auch erhalten wollen, weswegen wir aufeinander zugehen konnten –, auf die großen Herausforderungen des Natur- und Artenschutzes und auch des Klimawandels so zu antworten, dass nicht nur riesige Strukturen darauf reagieren können, sondern dass gerade auch die kleinen bäuerlichen Betriebe, die Familienbetriebe erhalten werden können. Darum müssen – das ist die Grundphilosophie – Artenschutz und Naturschutz miteinander und nicht gegeneinander organisiert werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Manch einer fragt jetzt: Bricht in Bayern ein neues Zeitalter an? Entdecken sie erst jetzt die Umwelt? – So ist es nicht. Die Herausforderungen sind viel größer geworden. Deshalb müssen wir auch große Schritte gehen. Ich danke auch allen, die sich dafür engagiert haben. Eines möchte ich aber zum Ist-Stand schon darstellen: Bayern ist in vielerlei Hinsicht bereits Ökoland Nummer eins in Deutschland. Wir haben rund 10.000 Biohöfe mit steigender Tendenz. Der Anteil der Ökofläche in Bayern liegt mit rund 10 % zum Beispiel deutlich höher als in Schleswig-Holstein mit 5,7 % oder in Niedersachsen mit 3,9 %. Die Ökoflächen in Bayern haben seit 2010 um nahezu 60 % zugenommen. Mehr als die Hälfte der in Deutschland produzierten Biomilch kommt – woher? – aus Bayern, meine Damen und Herren. In Bayern wird rund die Hälfte weniger Glyphosat verwendet als im übrigen Bundesgebiet. Das KULAP und das Vertragsnaturschutzprogramm umfassen mit rund 1,2 Millionen Hektar fast 40 % der gesamten

landwirtschaftlichen Fläche in Bayern. Beide Programme zusammen sind damit schon jetzt ein gewaltiges Artenschutzprogramm.

Für Agrarumweltmaßnahmen gibt es in Bayern pro Hektar umgerechnet achtmal so viel wie beispielsweise in Schleswig-Holstein. Ich sage das nicht aus Besserwisserei. Ich möchte nur eines darstellen: Der nächste Schritt, den wir gehen werden, erfolgt nicht von der letzten Position der Tabelle aus. Da wir bereits in den letzten Jahren nachhaltig gearbeitet und gewirtschaftet haben, können wir mit den Maßnahmen, die wir jetzt zusätzlich ergreifen, tatsächlich ein Modell und Vorbild sein. Bayern war ein Land der Ökologie; Bayern bleibt ein Land der Ökologie; und wenn alle mitmachen, werden wir die Einzigen sein, die Wirtschaft, Landwirtschaft und Ökologie miteinander versöhnen können. Das ist die eigentliche politische Aufgabe, die bisher kaum ein anderer geschafft hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Insgesamt sind von dem Gesetz, dem Begleitgesetz und dem Antrag, der Maßnahmen enthält, die nicht gesetzgeberisch, sondern politisch zu entscheiden sind, 76 Maßnahmen mit mindestens 75 Millionen Euro und 100 neue Stellen umfasst. Das sind doppelt so viele Maßnahmen, wie im Volksbegehren gefordert wurden. Außerdem werden fast 50 Empfehlungen des Runden Tisches umgesetzt. Diese Maßnahmen umfassen alle Lebens- und Naturbereiche, Wald, Gewässer, Wiesen, Felder und Ernährung. Sie betreffen nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Kommunen, die Kirchen und viele Privatleute.

Meine Damen und Herren, ein Punkt ist mir wichtig, da er in der Diskussion immer wieder anders interpretiert wurde: Der Grundsatz "Anreiz statt Verbot" wird bis auf wenige lenkende Maßnahmen, zum Beispiel bei Gewässerrandstreifen und Streuobstwiesen, eingehalten. Für uns ist der Grundsatz "Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht" nach wie vor ein entscheidendes Leitmotiv. Ich bin davon überzeugt, dass wir Regeln brau-



chen. Im Grundsatz ist jedoch motivieren besser als strafen. Das führt in einer Gesellschaft zu mehr Anreizen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was tun wir für den Artenschutz? – Ich nenne einige Maßnahmen: Wir schaffen in Bayern mehr Blühwiesen. Unser Ziel ist ein bayernweites Netz der Biodiversität. Wir setzen das Ziel der Halbierung des Einsatzes von chemischen Pflanzenschutzmitteln bis zum Jahr 2028 um. Wir vernetzen natürliche Lebensräume und Biotope miteinander. Wir sorgen mit jährlichen Statusberichten für klare Transparenz im Natur- und Artenschutz. Wir werden neue Bildungsziele für die Schulen definieren und verankern. Diese reichen vom Naturschutz über die Nachhaltigkeit bis zur verantwortlichen landwirtschaftlichen Erzeugung und zur Alltagskompetenz, die besonders wichtig ist.

Wir legen ein kommunales Biodiversitätsprogramm auf, das als Teil des Vertragsnaturschutzes im Gesetz verankert wird. Wir stellen 50 neue Biodiversitäts- und 50 Wildlebensraumberater ein, um die Maßnahmen gut und effektiv umzusetzen. Wir schützen neben Mooren auch Anmoore. Wir erstellen einen Fachplan "Masterplan Moore" zur Moorrenaturierung, die in Bayern verdreifacht werden soll. Wir bauen die Landschaftspflegeverbände flächendeckend aus. Bislang werden bei uns 80 % der Fläche durch diese Verbände betreut. Durch einen Ausbau der Förderung schließen wir diese Lücke und kommen zu einer Vollversorgung. Wir stocken die Mittel auf, um die Lage an den Gewässern zu verbessern und die biologische Vielfalt in den Wäldern zu vergrößern. Außerdem werden wir 15 zusätzliche Öko-Modellregionen initiieren.

Das ist eine ganze Reihe von Maßnahmen, mit denen wir stärker werden. Ich danke den Initiatoren des Volksbegehrens, die bereit waren, am Runden Tisch mitzuarbeiten. Sie haben gemeinschaftlich Ideen eingebracht und dazu beigetragen, den Text praktisch und fachlich zu verbessern.

Damit haben wir einiges erreicht, zum Beispiel für die Streuobstwiesen. Wir machen es möglich, dass Streuobstwiesen auch weiterhin bewirtschaftet und entstehende Be-

lastungen ausgeglichen werden können. Ich nenne als Beispiel den Mahdzeitpunkt bei Grünflächen. Wir stellen klar, dass es sich dabei um eine bayernweite Zielvorgabe und eben nicht um eine Vorgabe für den Einzelbetrieb handelt, der somit keinen Förderverlust befürchten muss. Ein weiteres Beispiel ist das Walzverbot für Grünlandflächen: Aufgrund der örtlichen Witterungsverhältnisse kann durch die Regierungen ein späterer Zeitpunkt als der 15. März festgelegt werden. Dies führt zu Flexibilisierung, vermeidet unzumutbare Härten und gewährleistet einen sachgerechten Artenschutz im Sinne guter landwirtschaftlicher Praxis.

Im Biotopverbund Offenland sorgen wir für mehr Entscheidungsspielraum und Flexibilität bei den Flächen, um die Ziele zu erreichen. Der Biotopverbund in Bayern weist bereits heute in der Landesfläche rund 9 % Offenland auf. Wir stellen zur Unterstützung zusätzliches Geld zur Verfügung. Wir investieren in junge Köpfe und fördern Junglandwirte. Wir wollen sie bei der Entscheidung für die Hofübernahme unterstützen. Wir erweitern die KULAP-Förderung für grüne Bänder und Grünstreifen. Wir stocken die Förderung nach dem KULAP und dem Vertragsnaturschutzprogramm für Gebiete an den Gewässern deutlich auf. Wir erweitern auch das Förderprogramm "Grüne Oasen", durch das Leitarten in den landwirtschaftlich besonders stark genutzten Gebieten gestärkt werden. Wir betreiben eine bessere Förderung für Weidetierhalter und mehr Förderung für die bayerische Ökolandwirtschaft. Unser gemeinsames Ziel ist es, dass in Bayern jährlich 60.000 Hektar mehr von der Ökolandwirtschaft genutzt werden.

Meine Damen und Herren, ich könnte diese Liste noch lange fortsetzen. Was ich damit eigentlich sagen will: Ohne das Volksbegehren, ohne diese Diskussion und ohne dieses Paket wäre es nicht möglich gewesen, dieses Maßnahmenpaket zu schnüren. Darum geht es hier nicht um einen Artenschutz M oder S, sondern um einen Artenschutz XXL. Dabei bleibt es auch. Meine Damen und Herren, das ist eine große Anstrengung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber nicht nur die Landwirtschaft, auch der Staat und die Kommunen müssen einen Beitrag leisten. Ich nenne die klimaneutrale Staatsverwaltung bis zum Jahr 2030, die Begrünung staatlicher Gebäude, das Programm "Grün am Bau" für Dachbegrünung und Efeu. Damit sollen Nistplätze geschaffen werden, um eine klimafreundliche Entwicklung der Städte zu erreichen. Ich nenne weiter das Ziel, dass mindestens 50 % der Waren in den bayerischen Kantinen aus regionaler oder ökologischer Erzeugung stammen sollen. 10 % der Staatswälder sollen aus der Nutzung genommen werden. Die Fassadenbeleuchtung öffentlicher Gebäude soll um 23:00 Uhr abgeschaltet werden, um die Lichtverschmutzung zu reduzieren.

Meine Damen und Herren, wir haben mit dem Landesverband für Gartenbau und Landespflege eine gemeinsame Initiative gestartet, um über den Bund Möglichkeiten zu schaffen, dass alle Formen von Pestiziden auch in Privatgärten deutlich reduziert werden. Ich sage Ihnen eines: Artenschutz ist nicht nur Sache einer Berufsgruppe. Jeder sollte mithelfen. Nur wenn alle mithelfen, kommt der echte Gesellschaftsvertrag zustande, den wir wollen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein Riesenpaket. Es kann ein Beitrag für ein neues Miteinander in Bayern sein. Ich bin sicher, dass nach anfänglichen Unsicherheiten am Ende alle mitziehen können. Ich weiß, für einige ist es ein weiter Weg hierher, für andere ist noch viel mehr vorstellbar. Vertrauensvolle Politik muss am Ende den Ausgleich suchen. Dieser Ausgleich schafft auf Dauer größte Akzeptanz.

Ein Instrumentarium auf dem Weg dorthin war der Runde Tisch. Auch hier bestand am Anfang Skepsis. Es wurde gefragt: Ist das nur Show? Einer hat getwittert: Soll damit nur Zeit gewonnen werden, um Truppen zu sammeln, und am Ende etwas anderes zu machen? Ich war mir nicht ganz sicher, ob der Erfolg gewährleistet ist; denn die einzelnen Gruppen sind doch sehr unterschiedlich.

Der Start am ersten Tag war auch nicht ganz einfach. Einige kamen mit Traktoren, andere haben während der Sitzung getwittert. Alles war ein bisschen holprig. Unter dem Strich glaube ich aber, dass diese Veranstaltung keine Show war, sondern im Gegenteil ein echter, nachhaltiger Erfolg ist. Ich habe es noch auf keiner Gesprächsebene erlebt, dass scheinbar so widerstreitende Gruppen am Ende so sachlich miteinander gesprochen haben. Sie haben einfach ihre Argumente ausgetauscht und sich zugehört. Alle, die Naturschützer und die Landwirte, haben manchmal über ihren Schatten springen müssen. Sie haben sich dabei aber großartig verhalten.

Ich möchte einer Person besonders danken, die das möglich gemacht hat, nämlich Herrn Alois Glück. Seine Glaubwürdigkeit, seine Kompetenz und seine Gesprächsführung haben auf diesem Wege unglaublich viel bewirkt. Ein herzliches Dankeschön an Alois Glück!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Der Runde Tisch ist übrigens damit nicht beendet. Er wird noch gebraucht, um die Maßnahmen zu evaluieren. Im Laufe der Zeit müssen wir sehen, ob alle Maßnahmen wirken, ob es andere Maßnahmen braucht oder ob die einen Maßnahmen wirkungsvoll und andere weniger wirkungsvoll sind. Nach der gesetzlichen Verankerung der Maßnahmen wird es wichtig sein, im Herbst bei Runden Tischen vor Ort zu besprechen, wie sich die Maßnahmen regional auswirken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was wir heute machen, ist innerhalb einer Legislaturperiode in der Tat ein besonderer Moment. Wenn man sich die Zeitachsen und die politischen Herausforderungen, vor denen wir stehen, ansieht, stellt man fest, das ist schon ein sehr großes politisches Projekt. Ab heute gehen beim Artenschutz die Uhren anders.

Wir hatten in der Pressekonferenz den Wunsch geäußert, damit bereits die Trendumkehr zu schaffen. – Ich hoffe das. Auf jeden Fall werden wir den Prozess, der stattfin-

det, mit dem Beitrag, den wir leisten können, deutlich verlangsamen, vielleicht sogar umkehren. Trotz aller noch bestehenden Skepsis bin ich davon überzeugt: Das ist am Ende der richtige Pfad.

Meine Damen und Herren, kommende Generationen werden uns in der Rückschau dankbar sein. Sie werden auf viele Debatten des Landtags schauen, auf den heutigen Tag besonders. Wir tun das übrigens nicht nur für uns, wir tun es schon auch für die jungen Leute, die sich Sorgen machen.

Das Volksbegehren war ein starker Impuls. Ich habe das respektiert. Die Bürger haben sich entsprechend entschieden. Deswegen ist es Aufgabe des Landtags, das nicht nur abzulehnen oder abzunicken, sondern diesen Impuls aufzunehmen und etwas Größeres daraus zu machen.

In Artikel 141 der Bayerischen Verfassung – ich bin nicht nur auf diesen Artikel, sondern auf die ganze Verfassung vereidigt – steht:

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist, auch eingedenk der Verantwortung für die kommenden Generationen, der besonderen Fürsorge jedes einzelnen und der staatlichen Gemeinschaft anvertraut.

Und:

Es gehört auch zu den vorrangigen Aufgaben von Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts, [...] die heimischen Tier- und Pflanzenarten und ihre notwendigen Lebensräume [...] zu schonen und zu erhalten.

Meine Damen und Herren, dies ist einfach ein Verfassungsauftrag, der an die Ur-Idee Bayerns anknüpft und der uns alle verpflichtet. Ich glaube, wenn wir wollen und an ein oder zwei Stellen unsere klassischen Reflexe von "wer ist warum dafür" und "wer ist warum dagegen" ablegen, wenn wir uns auch in den Beratungen, zu denen die heutige ja nur der Einstieg ist, Mühe geben, wenn wir uns Mühe geben, im Gesetzgebungsverfahren und bei der Antragsberatung, gemeinschaftlich etwas zu erreichen, dann er-

füllen wir nicht nur diesen Verfassungsauftrag, sondern wir setzen tatsächlich ein Signal, dass jenseits von Parteipolitik, Standesinteressen und Verbandsmeinung etwas geschafft wird, was sich die Bürger so häufig von uns wünschen, nachdem sie häufig so enttäuscht sind, dass es politische Debatten oft nicht schaffen, nicht nur Gezänk, sondern einfach der Versuch zu sein, gemeinschaftlich das Beste zu erreichen.

Ich bitte daher ganz herzlich um intensive Diskussion und Prüfung all der Anträge mit offenem Geist und offenem Herzen. Ich glaube, das ist eine wirklich große Chance für Bayern. Jeder hat unterschiedlich beurteilt, wie es losgegangen ist. Es ist aber eine große Chance. Hier stecken unglaublich viel Engagement und Existenzsorgen dahinter, derer wir uns annehmen müssen. Wenn wir alles zusammenbringen, haben dieser Landtag, diese Staatsregierung und wir alle gemeinschaftlich einen echt großen Beitrag für unser Land geleistet. Das sind wir den Menschen im Land schuldig.

Meine Damen und Herren, reden wir nicht nur darüber, nutzen wir diese Chance zur Verantwortung.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich erteile Herrn Prof. Dr. Hahn zu einer Zwischenbemerkung das Wort.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Herr Dr. Söder, erst mal vielen Dank für diesen ausführlichen Diskurs. Es ist natürlich ein sehr teures Unterfangen, das Sie dem bayerischen Steuerzahler hier präsentieren. Es ist, wie man von Ihnen hört, für einen guten Zweck. Es entsteht allerdings ein bisschen der Eindruck, die Landwirtschaft habe jetzt die Hauptschuld an Artensterben und Artenschwund.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): In keiner Weise!)

– Ich sage, es entsteht dieser Eindruck. Ich sage das bewusst mit Vorbehalt: Wann wollen Sie denn an die anderen gravierenden Ursachen herangehen, die eben auch für den Artenschwund verantwortlich sind? Ich spreche explizit die Windkraft und die

neuen Studien dazu an. Das sind alles sehr wichtige Dinge, die eigentlich vorwiegend angegangen werden müssten. Da würde mich Ihre Meinung interessieren.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Das Wort hat der Ministerpräsident.

**Ministerpräsident Dr. Markus Söder:** Ich glaube, ich habe ziemlich eindeutig klargestellt, was ich unter Gesellschafts- und Generationenvertrag verstehe, nämlich eine breite Aufstellung, die nicht nur auf eine Zielgruppe ausgerichtet ist. Ich habe übrigens – ich sage nochmals ausdrücklich, dass ich deshalb den Runden Tisch so beeindruckend fand – in der Diskussionskultur erlebt, dass das alle so gesehen haben. Jeder hat sich im Rahmen seiner Möglichkeiten nicht nur eingebracht, sondern auch versucht, sich zu bewegen. Wenn man mächtige Institutionen und Verbände im Rücken hat, etwa auf der Seite der Verbände der Naturschützer oder auf der Seite der Parteien, ist das für alle nicht so leicht. Da hat man ja immer auch die Sorge, sein Profil zu verlieren. Das war sehr beeindruckend. Wir haben über alles geredet. Deswegen kommt auch alles vor.

Ich sage Ihnen aber schon auch eines: Wir werden keine rückwärtsgewandten Diskussionen führen, zum Beispiel über die Frage, ob es überhaupt Artenschwund und Klimawandel gibt. Sorry, wenn ich das sage: Windräder sind für vieles verantwortlich. Aber dass Windräder jetzt die Hauptverantwortung dafür hätten, dass wir, wenn ich das sagen darf, weltweit einen Rückgang der Arten haben, das ist zumindest eine steile These, Herr Kollege. Das kann ich so leider nicht sehen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Eine zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Körber von der FDP.

**Sebastian Körber (FDP):** Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, nachdem die Beantwortung meiner Anfrage bezüglich der Auswirkungen des Volksbegehrens Artenvielfalt

auf das größte Süßkirschenanbaugebiet Europas, nämlich der Fränkischen Schweiz, leider noch etwas auf sich warten lässt, möchte ich gerne den Moment dazu nutzen, hier Klarheit einzuholen. Sie haben dargestellt, dass den Landwirten und damit auch den Obstbauern nichts bevorsteht. Können Sie und die Staatsregierung mir deshalb zu hundert Prozent zusagen, dass dieser Gesetzentwurf für die Landwirte und Obstbauern in der Fränkischen Schweiz wirklich keinerlei Beeinträchtigung für die Bewirtschaftung ihrer Streuobstwiesen mit sich bringt, und zwar unabhängig von möglichen Kompensationszahlungen? Können Sie mir zu hundert Prozent zusagen, dass die Landwirte und Obstbauern noch frei über ihr Eigentum verfügen und selbst entscheiden können, was sie trotz des Biotop-Status mit ihrem Land machen: Ja oder Nein?

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Ministerpräsident.

**Ministerpräsident Dr. Markus Söder:** Ich freue mich zunächst einmal sehr darüber, dass die Fraktion der Freien Demokraten, wenn ich das richtig im Kopf habe,

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ja, ja.

**Ministerpräsident Dr. Markus Söder:** sich jetzt auch für das Thema Landwirtschaft und für die Fränkische Schweiz interessiert. Das ist schon mal gut.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das war vor vielen Jahren bei der FDP-Fraktion so noch nicht vertretbar.

Zweitens gibt es Einschränkungen, die im Volksbegehren drinstehen. Das ist gerade bei den Themen Streuobstwiesen und Gewässerrandstreifen der Fall. Das sind die beiden Bereiche. Wir versuchen jetzt gemeinsam, eine gute Lösung und einen Ausgleich zu finden, um eine insgesamt verträgliche Nutzung zu ermöglichen. – Das kann man sagen. Das ist das Ziel, das besteht.



Es hat nie jemand bestritten, dass das Volksbegehren auch Herausforderungen hat. Aber mal ganz ehrlich: Wir wollen nicht, dass alles so bleibt. Es kann ja nicht sein, dass Sie als junger Abgeordneter keinen Beitrag dazu leisten möchten, um in unserem Land etwas für mehr Artenschutz zu tun. Jeder muss einen Beitrag leisten. Wir versuchen, dort, wo es schwierig wird, zu helfen, einen Ausgleich zu finden, mitzunehmen und aufzuklären. Das scheint mir der richtige Weg zu sein, den wir fortsetzen wollen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Friedl von den GRÜNEN.

**Patrick Friedl (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Herr Söder, Sie haben uns jetzt sehr deutlich dargestellt, wie erfolgreich der Runde Tisch zum Themenfeld Artenschutz war. Mich würde interessieren, ob Sie sich vorstellen können, etwas proaktiver und vorausschauender mit dem Instrument des Runden Tisches umzugehen. Dies betrifft vielleicht den Bereich des Klimaschutzes, aber auch die Themenfelder Pflegenotstand und Integration. Es gäbe ja große Themenfelder, bei denen großer Handlungsbedarf besteht. Wir könnten hier sicher auch parteiübergreifend stärker zusammenfinden. Sie haben in Ihrer ersten Erklärung ja gesagt, Sie wollten die Ideen gerne bündeln und zusammenbringen. Wir würden bei solchen Gelegenheiten unsere Ideen gerne in einer anderen Form einbringen, als wir das sonst parlamentarisch tun. Deswegen die Frage: Können Sie sich das vorstellen und, wenn ja, haben Sie vielleicht schon konkrete Ideen?

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Ministerpräsident!

**Ministerpräsident Dr. Markus Söder:** Herr Kollege, zunächst einmal ist wichtig: Ein Parlament muss auch seine Aufgaben erfüllen. Das heißt, am Ende müssen wir hier die Gesetzgebung voranbringen. Das heißt, ich rate immer dazu, dass wir offen für alles sind. Ich rate auch dazu, dass die Parlamentarier ihre Aufgabe wahrnehmen.

Das tun Sie alle miteinander hier. Wir führen eigentlich ständig solche Veranstaltungen durch. Wenn man ehrlich ist, gibt es ständig Runde Tische. Es gibt Gespräche zur Pflege. Zu einem Gespräch zum Thema Fläche hat Kollege Aiwanger die Kommunen eingeladen und so weiter und so fort. Deswegen ist dieses Modell, bei dem man sich gegenseitig zuhört und anhört ganz entscheidend.

Der Runde Tisch, um den es diesmal gegangen ist, war meiner Meinung nach etwas ganz Besonderes, weil er traditionelle Muster aufgelöst hat. Es kann sein, dass wieder Situationen auftreten, wo so etwas denkbar ist. Es kann aber auch sein, dass wir das in anderer Form machen. Ich sage mal so: Ein Runder Tisch ist meistens dann sinnvoll, wenn es um staatliche Institutionen geht und darum, mit Verbänden zu reden, so wie es auch das Parlament macht. Betreffend das Klima beispielsweise, habe ich gehört, hat der Bayerische Landtag zu einer sehr spannenden Diskussion eingeladen. Ich denke, wir müssen offen sein für alle Formen der Vielfältigkeit des Redens miteinander. Dafür bin ich offen. Hubert Aiwanger, der jetzt gerade gekommen ist, hat zum "Runden Tisch Fläche" eine Menge vorbereitet. Das werden Sie sehen. Ich glaube, dass wir da eine Menge voranbringen können. Ich bin da offen. Wenn sich bei so einem Runden Tisch alle gut benehmen, kann man eine Menge erreichen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Das war die letzte Zwischenbemerkung. Ich bedanke mich. Als nächster Redner hat der Kollege Hartmann von den GRÜNEN das Wort. Ich will vorher noch sagen, dass die längere Redezeit, die in Anspruch genommen worden ist, jetzt errechnet und dann den Fraktionen mitgeteilt wird. Herr Kollege Hartmann, bitte.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** (Beitrag nicht autorisiert) Bei uns steht gerade "31 Minuten" dort. Das sind vielleicht die neuen Mehrheitsverhältnisse hier. Nein, Spaß beiseite. – Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zum Einstieg einen Punkt ansprechen, den Sie alle mit Sicherheit mitbekommen haben. Er

wurde von Markus Söder bereits kurz angesprochen. Ich will ganz kurz ein bisschen tiefer darauf eingehen, warum wir das Ganze gemacht haben. Das ist ja nicht von heute auf morgen vom Zaun gebrochen worden. Wir haben am Montag einen Bericht der UNO zum Artenschutz bekommen, der in Paris vorgestellt worden ist und ganz deutlich gemacht hat, dass es wirklich kurz vor zwölf steht. Wenn eine Million oder jede achte Tier- oder Pflanzenart auf diesem Planeten vom Aussterben bedroht ist, dann muss sich grundlegend etwas ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen bei dem Thema, um das auf Bayern runterzubrechen, eine Zahl aus den Roten Listen, die uns vorliegen, zitieren: In Bayern sind circa 42 % der wildlebenden Säugetiere in ihrem Bestand bedroht oder vom Aussterben bedroht. Darunter fällt der Feldhamster, der bedroht ist. Auf der Vorwarnliste befinden sich bereits der Igel oder der Feldhamster, also wirklich Allerweltstierarten unserer Kindheit. Das zeigt ganz deutlich: Wir erleben das größte Artensterben seit dem Aussterben der Dinosaurier. Jetzt ist wirklich der Zeitpunkt gekommen, endlich die Notbremse zu ziehen und die Weichen neu zu stellen. Genau das wird heute mit der Einleitung der Übernahme des Volksbegehrens gemacht. Das ist genau der richtige Schritt.

Markus Söder, Sie hatten von "XXL" gesprochen. Wir hatten in den letzten Monaten durchaus ein Erlebnis, das wirklich die Bezeichnung "XXL" verdient. Das war die Bürgerpower bei diesem Volksbegehren. Die Bürger sind zu den Rathäusern gelaufen und haben sich eingetragen,

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

fast zwei Millionen Menschen, die diese neue Politik auf den Weg gebracht haben, so dass wir heute hier stehen und über zwei Gesetzentwürfe reden, die wohl beide in der Ersten Lesung positiv beraten werden, dann vielleicht etwas ergänzt werden und dann wohl mit großer Mehrheit angenommen werden. Das haben wir den Menschen in diesem Land zu verdanken, die bei diesem Thema eine deutlich größere Weitsicht hatten

und wirklich – so deutlich muss ich es sagen – die Regierung dazu gebracht haben, hier endlich konkret zu handeln.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Bravo! – Beifall bei den GRÜNEN)

Die Menschen haben deutlich gemacht, dass eine Politik der schönen Worte bei diesem Thema nicht mehr reicht und man konkrete Maßnahmen benennen muss und auch handeln muss.

Ich möchte kurz ein Thema ansprechen, weil es mich in den Debatten auch am Runden Tisch bewegt hat. Darauf gehe ich nachher ausführlicher ein. Aber in der "FAZ" war gestern auf Seite 4 ein großes Interview mit dem Präsidenten des Bauernverbandes. Er hat auf die Frage, was ihn am Volksbegehren am meisten gestört habe, geäußert, der Vorwurf, Freiwilligkeit sei gescheitert, habe ihn getroffen. – Ich möchte an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Der Vorwurf, dass Freiwilligkeit nicht funktioniert hat, ist richtig. Dazu stehen wir auch. Aber der Vorwurf geht doch nicht an unsere Landwirtinnen und Landwirte! Der Vorwurf geht doch an die Staatsregierung, an die Programme, die aufgelegt worden sind. Dass die Landwirte so wirtschaften, wie es vorgegeben ist, ist doch klar. Wir hätten die Programme besser machen müssen. Der Vorwurf trifft die Söder-Regierung, nicht die Landwirte!

(Gisela Sengl (GRÜNE): Bravo! – Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz kurz in Richtung der FDP gesagt: Es ist doch wohl nicht zu viel verlangt, wenn wir für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen verbindliche Vorgaben machen, wo auch das eine oder andere Verbot mit drin sein kann. Das ist doch nicht zu viel verlangt! Ich bin immer ein Freund von freiwilligen Maßnahmen. Ich glaube, da sind wir uns alle einig.

(Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Verbotspartei!)

– Jetzt kommt der Punkt: Wenn der Weg aber nicht zum Ziel führt, dann muss doch Politik die Realitäten endlich anerkennen und andere Maßnahmen in die Wege leiten! Das haben die Menschen mit dem Volksbegehren getan, und das war der vollkommen richtige Schritt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich beim Trägerkreis des Volksbegehrens bedanken, namentlich bei der ÖDP, die die Idee für dieses Volksbegehren hatte. Wir konnten es nachher sozusagen gemeinsam zum Ziel bringen. Wir waren uns einig im Trägerkreis, wir waren zuversichtlich und optimistisch. Wir hatten keine Angst vor einem Volksentscheid. Wir freuen uns aber, dass uns dieser Volksentscheid erspart bleibt. Da bin ich bei Ihnen, Markus Söder. Da möchte ich mich bei Ihnen ganz herzlich bedanken – und das meine ich auch so. Ich meine die Entscheidung, den Gesetzestext eins zu eins zu übernehmen und es nicht auf einen Volksentscheid ankommen zu lassen. Wie er ausgefallen wäre, kann man wahrscheinlich an den fast zwei Millionen Unterschriften ablesen.

Aber uns ist eines erspart geblieben, und ich bin dankbar, dass Sie es selber angesprochen haben: Ein Volksentscheid hätte eine aufgeheizte Debatte zwischen Naturschutz und Landwirtschaft zur Folge gehabt, eine Debatte zwischen Stadt und Land. Die hätte uns in keinem Bereich weitergeholfen. Das hätte weiter gespalten und nicht versöhnt. Uns GRÜNEN ist ganz klar: Wir brauchen die Landwirte, um den Naturschutz voranzubringen. Das geht nur gemeinsam. Aber dafür braucht man auch verbindliche Ziele. Genau die werden jetzt im Gesetz auch benannt: Wo möchten wir hin? Was möchten wir machen? Es war die richtige Entscheidung, das zu übernehmen.

Ich möchte Ihnen auch noch sagen: Sie haben hier bei Ihrer ersten Regierungserklärung als wiedergewählter Ministerpräsident gesagt, Sie möchten auch mal gelobt werden, wenn Sie was richtigmachen. In diesem Bereich haben Sie das Lob verdient, das haben Sie richtiggemacht. Ich möchte Ihnen aber auch sagen: Es gibt das alte Sprich-

wort: "Wer gelobt wird, der wird bucklig." Das möchten wir alle nicht. Deshalb gibt es auch ein paar Kritikpunkte, die dazugehören. Ein Thema möchte ich kurz ansprechen. Ich fange aber mit dem Runden Tisch an, weil mir das fast wichtiger ist. Beim Runden Tisch – ich gebe ganz offen zu: Ich war einer, der skeptisch war, ob das funktioniert – ist eines wirklich gelungen, nämlich Widerstände abzubauen, sicher auch dank der Wahl von Alois Glück als Moderator, der den Hut aufhatte. Aber ich muss nach diesen vielen Arbeitskreisen und den drei großen Runden zurückblickend sagen: Ich hatte deutlich das Gefühl, der Runde Tisch war notwendig, um Widerstände in den eigenen Regierungsfractionen in diesem Bereich abzubauen, nicht gerade, um den Naturschützern mehr entgegenzukommen. Aber sei es drum, das Ergebnis ist das richtige. Deshalb war auch diese Entscheidung richtig.

Ich möchte aber auch sagen: Sicher gehört es dazu, einmal gelobt zu werden, wenn man etwas richtiggemacht hat. Der FC Bayern München kann sich aber auch nicht jede Woche auf dem Marienplatz für die Deutsche Meisterschaft feiern lassen. Der muss in jeder Saison den Sieg neu erringen. Bei der Umweltdebatte geht es jetzt in die nächste Saison. Es gibt weitere Maßnahmen für den Artenschutz und den Naturschutz in Bayern, die wir endlich voranbringen müssen. Wir werden Sie daran messen, wie das Gesetz finanziell und personell unterfüttert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Volksbegehrensgesetz möchte ich gar nicht viel sagen. Wir waren überzeugt. Es war das richtige Gesetz. Es wird funktionieren. Es wird ja eins zu eins übernommen. Es ist wirklich ein großer Tag für den Naturschutz und den Artenschutz. Aber es ist auch ein großer Tag für die direkte Demokratie in unserem Land. Wir haben es der direkten Demokratie zu verdanken, dass wir heute über diese beiden Gesetzentwürfe reden. Das war die Zündung dafür, dass das so vorangegangen ist.

Zu den inhaltlichen Punkten des Begleitgesetzes: Positiv anzumerken ist, das Thema Lichtverschmutzung wird aufgenommen, ebenso das Thema Wald und das Thema

"Erhöhung Biotopverbund Offenland auf 15 % bis 2030". Ich persönlich finde das Ziel "Klimaneutrale Staatsverwaltung bis 2030" sehr beeindruckend. Das ist ein wichtiges Ziel. Aber auch da ist es wichtig, Zwischenschritte zu haben, um zu schauen, wie wir das Ziel wirklich erreichen können.

Es geht wirklich in die richtige Richtung. Ich möchte aber auch erklären: Wir als Landtagsfraktion der GRÜNEN sind sozusagen der parlamentarische Arm der neuen Umweltschutzbewegung in Bayern.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören. Aber schauen wir uns an, was wir hier gerade diskutieren, was auf dem Tisch liegt: Das sind viele Maßnahmen, die wir hier im Bayerischen Landtag seit Jahren einfordern. Da kommen wir endlich einen großen Schritt voran. Darüber freuen wir uns. Trotzdem heißt das für uns: Wir werden den einen oder anderen Änderungsantrag stellen.

An dieser Stelle möchte ein Thema aufgreifen, zu dem Sie, Herr Ministerpräsident, für eine Kabinettsvorlage eine deutlich mutigere Formulierung gewählt haben als für den aktuellen Gesetzestext. Wir waren uns alle einig, und vor allem der Bauernverband hat zu Recht immer gesagt: Alle müssen ihren Beitrag leisten, auch die Kommunen. – Vollkommen richtig. In der Kabinettsvorlage hieß es noch: Auf öffentlichen Grünflächen soll das Mulchen verboten werden, dort soll gemäht werden. Laubbläser sollen verboten werden. – Das wäre ein wichtiger Beitrag. Von diesen Inhalten der Kabinettsvorlage finde ich im Gesetzestext nichts mehr. Das finde ich schade, das muss ich ganz ehrlich sagen. Da hätte ich mir etwas mehr Mut und Zuversicht gewünscht.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Kleinlich!)

Wir reden aber gerade über den Gesetzestext. Dabei stellt sich eine Frage. Wir schreiben in einem Gesetz unseren Landwirten bestimmte Maßnahmen vor. Die Landwirte haben zu Recht gesagt, sie möchten nicht allein am Pranger stehen. Es gibt andere

Bereiche, in denen etwas getan werden muss. Ich hätte mir gewünscht, dass in den Gesetzestext deutlich aufgenommen wird – damit keine großen Debatten geführt werden –, dass auf kommunalen Flächen in Zukunft gemäht und nicht mehr gemulcht werden soll und dass es Grünordnungspläne und Managementpläne gibt, die eingehalten werden, damit etwas für den Artenschutz getan wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Bereich, den ich zum Schluss kurz ansprechen möchte, umfasst das Thema Stellen und Personal. Wir alle wissen: Ob ein gutes Gesetz in der Praxis funktioniert, hängt auch vom Personal in der Fläche ab. Wir erwarten daher eine deutliche Stellenmehrung bei den Unteren Naturschutzbehörden. Wir stellen uns pro Landkreis zwei Stellen vor. Wir bräuchten also fast 150 Stellen. Bei den Beratungen über den Nachtragshaushalt im Herbst kann man das in die Wege leiten. Nur damit Sie die Größenordnung sehen: Mit dem aktuellen Doppelhaushalt werden über 4.300 neue Stellen geschaffen. Ich glaube, 150 Stellen für die Unteren Naturschutzbehörden, die im Herbst im Nachtragshaushalt vorgesehen werden, wären durchaus ein angemessener Weg.

Nächster Punkt. Wir möchten gerne weiter Forschungsgelder umverteilen, um den Ökolandbau deutlicher voranzubringen. Dieses Thema könnten wir hier noch mal diskutieren.

Ich möchte zum Schluss zusammenfassend darauf zu sprechen kommen, dass die Menschen in Bayern wirklich Großes geleistet haben. Sie haben es geschafft, dass wir eine lange, seit Jahren laufende Debatte zu einem guten Zwischenergebnis führen können. Es geht in die richtige Richtung. Gemeinsam mit den Menschen in Bayern haben wir durch das Volksbegehren die Söder-Regierung zu mehr Natur- und Umweltschutz gebracht. Das ist gut für unser Land, und ich bin überzeugt, dass wir das Instrument der direkten Demokratie für die entscheidenden Fragen unserer Lebens-



grundlagen immer wieder einsetzen müssen, um wirklich mehr für den Naturschutz zu erreichen.

Ich bin überzeugt: Mit der heutigen Behandlung der beiden Gesetze haben wir für den Schutz der Natur und der Lebensgrundlagen in Bayern einiges erreicht. Wir sind wirklich auf dem richtigen Weg. Entscheidend wird sein, wie das mit Leben gefüllt wird, damit wir wirklich eines Tages sagen können: An diesem Zeitpunkt wurden die Weichen für den Naturschutz anders gestellt, damit wirklich mehr für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen getan wird und wir später unseren Kindern und Enkelkindern wirklich in die Augen schauen und sagen können: Wir haben alles versucht, um die natürlichen Lebensgrundlagen für uns und für unsere Kinder und Enkelkinder zu erhalten.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Hartmann, Sie haben Ihre Redezeit einschließlich der zusätzlichen Redezeit, die wir eingeplant haben, ausgenutzt. Ich bitte Sie aber noch einmal zum Rednerpult, weil der Kollege Franz Bergmüller eine Zwischenbemerkung angezeigt hat.

**Franz Bergmüller (AfD):** Lieber Kollege Hartmann, in meinem Heimatlandkreis gibt es leider Obstbauern, die ihre Bäume fällen, weil sie in der Ortsrandlage stehen. Finden Sie es gut, dass gemäß diesem Volksbegehrensgesetz in Ortsrandlagen keine Bäume mehr angepflanzt werden können, weil dort schützenswerte Flächen sind, ja oder nein?

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** (Beitrag nicht autorisiert) Ich kann das ganz einfach beantworten: Ja, das finde ich richtig, und zwar aus folgendem Grund. Blicken wir einmal zurück, und denken wir an die Zahlen des Landesamts für Umwelt. Demnach haben wir in den letzten Jahren pro Jahr 100.000 Streuobstbäume in Bayern verloren. Das ist ein gewaltiger Schwund, wie wir ihn noch nie erlebt haben. Genau das ist ein ganz gutes Beispiel, das zeigt, dass wir endlich die Notbremse ziehen und die Weichen an-

ders stellen müssen. Deshalb enthält das Gesetz zum Volksbegehren die richtige Weichenstellung, Streuobstbestände unter Biotopschutz zu stellen. Darin steht auch deutlich – und darüber war man sich beim Runden Tisch einig –: Weiterhin darf bewirtschaftet werden, kranke Bäume können ausgetauscht werden. Es darf aber nicht passieren, dass nach Lust und Laune diese Flächen einfach verschwinden. Das ist vollkommen richtig für den Artenschutz in diesem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Thomas Kreuzer das Wort. Er bekommt die schon eingerechnete längere Redezeit angezeigt.

(Thomas Kreuzer (CSU): Die nicht ausgeschöpft werden muss!)

– Die nicht ausgeschöpft werden muss; das ist tatsächlich so.

**Thomas Kreuzer (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Hartmann, Sie sind also Mitglied des parlamentarischen Arms der Umweltschutzbewegung in Bayern – ein ganz neuer Begriff. Sie hätten einmal als Oppositionspartei in diesem Parlament Gelegenheit gehabt, etwas für den Umweltschutz zu tun: Sie hätten dem Vorhaben, den Klimaschutz in die Verfassung aufzunehmen, zustimmen können. Da haben Sie versagt, Herr Kollege Hartmann.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das haben sich die Menschen, die für Umweltschutz sind, sicher anders vorgestellt.

Jeder, der in den Verbänden, beim Bund für Umwelt und Naturschutz, bei den Jägern oder bei den Fischern unterwegs ist, weiß, dass sich dort sehr viele Menschen für den Umweltschutz engagieren, Menschen aus allen Parteien. Darunter sind viele Menschen, Herr Hartmann, die mit den GRÜNEN nichts, aber auch gar nichts am Hut haben. Deswegen haben Sie sich mit der Bezeichnung "parlamentarischer Arm der neuen Umweltschutzbewegung" eine böse Anmaßung geleistet.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dann haben Sie unterschieden, wem Sie etwas vorwerfen, und haben gesagt: natürlich nicht der Landwirtschaft. Meine Damen und Herren, ich kann mich bei vielen Punkten erinnern, wie die GRÜNEN auch auf Bundesebene in ihren Ausführungen auf Konfrontationskurs zur Landwirtschaft gegangen sind. Sie haben sich beispielsweise letztes Jahr während der Trockenheit in Ihren Aussagen dazu verstiegen, unsere Bäuerinnen und Bauern selbst für Hitze, Trockenheit und Klimawandel verantwortlich zu machen. Dies war schäbig und falsch. Erinnern Sie sich daran, wenn Sie so etwas sagen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie führen in breitem Umfang aus, was es für ein globales Problem gibt, meine Damen und Herren, und anschließend sagen Sie hier an verantwortlicher Stelle wahrscheinlich noch: Wir greifen die Regierung Söder für dieses globale Problem an.

Auch dies ist nicht schlüssig, und vor allem trifft der Vorwurf nicht zu, meine Damen und Herren. Wir haben in Bayern mehr für den Natur- und Umweltschutz getan als irgendjemand woanders in Deutschland. Bayern ist schon heute das Land mit den meisten Naturparks. Sie umfassen über zwei Millionen Hektar bzw. 30 % der Landesfläche. Wir haben gemäß unserem Vertragsnaturschutzprogramm aktuell 95.000 Hektar umweltschonend bewirtschaftet. Wir geben mehr Geld aus als andere Bundesländer, vor allem auch Bundesländer, in denen die GRÜNEN mitregieren oder mitregiert haben. Bayern gibt für extensive Landwirtschaft 80 Euro je Hektar aus, Nordrhein-Westfalen, wo lange grüne Umweltminister regiert haben, 28 Euro, Niedersachsen 23 Euro und Schleswig-Holstein 10 Euro – gegenüber Bayern nur ein Achtel des Betrags für Umweltmaßnahmen, und dort war Habeck, Ihr Parteivorsitzender, Umweltminister.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bayern ist heute Spitzenreiter beim Ökolandbau. Bei uns arbeiten 10 % der Höfe ökologisch, in Schleswig-Holstein 5,6 %.

Die Wahrheit ist, meine Damen und Herren: Über die Bilanz dort, wo die GRÜNEN an der Regierung sind oder waren und selbst mehr für den Natur- und Artenschutz tun könnten, schweigen Sie sich regelmäßig aus, und zwar aus gutem Grund: weil die Kollegen Ihrer Partei in diesen Fragen versagt haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Über 1,7 Millionen Menschen haben durch ihre Unterschrift unter das Volksbegehren für Artenvielfalt ein klares Signal für den Schutz von Natur und Umwelt gegeben. Über 100.000 landwirtschaftliche Betriebe machen Bayern gleichzeitig zum Agrarland Nummer eins in Deutschland. Unsere bäuerliche Landwirtschaft ist nicht nur ein Wirtschaftsfaktor; nein, sie gehört zur Seele Bayerns. Sie alle, Naturschützer wie auch Landwirte, blicken auf die heutige Debatte im Bayerischen Landtag. Sie alle haben mit den unterschiedlichsten Sorgen und Erwartungen darauf geschaut, wie die Staatsregierung und die Landtagsmehrheit mit dem Impuls umgehen werden, den das erfolgreiche Volksbegehren zum Artenschutz gesetzt hat.

Sie haben sich vor allem gefragt: Nimmt die bayerische Politik den tiefen Wunsch von vielen Bürgerinnen und Bürgern auch tatsächlich ernst, und räumt sie Natur und Artenschutz einen höheren Stellenwert ein? Gelingt es, die Vorschläge des Volksbegehrens überhaupt umsetzbar zu machen, vor allem auch dort, wo nicht nur die Landwirte, sondern auch die Initiatoren des Volksbegehrens selbst Schwächen des Entwurfs erkannt haben? Honorieren Politik und Gesellschaft die Leistungen, die unsere Landwirte seit Jahr und Tag nicht zuletzt auch für den Naturschutz erbringen? Nimmt sich die Politik auch selbst in die Pflicht, mehr für den Erhalt von Natur und Artenvielfalt zu tun? Kommt es zu einem Volksentscheid und damit womöglich zu einer Konfrontation

zwischen Landwirten und Naturschützern, zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft oder gar zwischen Stadt und Land?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen heute erst am Beginn der Beratung umfangreicher Gesetzespakete. Wir können heute aber schon feststellen, wie die Staatsregierung und die Landtagsfraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN diese Fragen beantworten. Das, was wir auf den Weg bringen, ist ein Musterbeispiel verantwortungsvoller Regierungspolitik. Wir spielen Landwirtschaft und Naturschutz nicht gegeneinander aus, sondern wollen sie miteinander versöhnen. Wir setzen nicht auf Konfrontation, sondern führen die Menschen mit ihren unterschiedlichen Interessen zusammen, wie es am Runden Tisch ganz hervorragend gelungen ist. Wir nutzen den Impuls des Volksbegehrens für einen großen Aufschlag für Natur- und Umweltschutz in Bayern und begreifen das als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Bauern alleine können es nicht schaffen. Natur- und Umweltschutz ist Aufgabe jedes Einzelnen und der gesamten Gesellschaft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden unsere Landwirte damit nicht alleinlassen, sondern wir werden für umsetzbare verlässliche Rahmenbedingungen für unsere bäuerliche Landwirtschaft sorgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles kann nur eine bürgerliche Regierung, eine Regierung, der die Bewahrung der Schöpfung ebenso wie der Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft am Herzen liegt. Wir müssen beides erreichen, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir nehmen unsere politische Gesamtverantwortung für dieses Land, und zwar für die Bienen und für die Bauern, ernst. Wir bekämpfen entschlossen die teils erheblichen Artenverluste bei Tieren und Pflanzen in unserer Landschaft, denn jede verlorene Art und jeder zerstörte Lebensraum sind nicht nur ein Verlust für unsere natürlichen Lebensgrundlagen, sondern auch ein Verlust an Schönheit unserer bayerischen Heimat.

Es ist und bleibt unser Anliegen, Bayern mit seinen natürlichen Lebensgrundlagen und seiner Naturvielfalt für künftige Generationen zu bewahren. Gerade deshalb geht der Artenschutz uns alle an: Landwirte, Landschaftspfleger, ökologisch und konventionell wirtschaftende Betriebe, Gartenbesitzer, Verbraucher, Staat, Kommunen und Gesellschaft. Wir alle stehen in der Verantwortung, auch, aber nicht nur die Landwirtschaft.

Das heißt konkret, wir tragen dem Wunsch weiter Teile der bayerischen Bevölkerung nach mehr Natur- und Artenschutz Rechnung und nehmen die Vorschläge des Volksbegehrens unverändert an. Wir nehmen sie aus der Überzeugung an, dass Naturschutz und Ökologie einen noch höheren Stellenwert in unserer Gesellschaft erhalten sollen. Wir nehmen sie aber auch aus der Überzeugung heraus an, dass man die Anliegen von mehr als 1,7 Millionen Bürgerinnen und Bürgern nicht ignorieren kann, nicht ignorieren darf, sondern beachten muss.

Ebenso klar ist für uns aber auch, dass diese Maßnahmen nicht zulasten unserer bayerischen Bauern gehen dürfen. Bayern braucht eine starke und wettbewerbsfähige Landwirtschaft, denn ohne Landwirte kann es keinen erfolgreichen Naturschutz in unserem Land geben. Unser Ziel ist es deshalb, die Natur und die Landwirte gleichermaßen zu schützen. Unsere bäuerlichen Familienbetriebe gehören nicht an den Pranger gestellt, sondern sie gehören als Erzeuger hochwertiger Lebensmittel und als praktizierende Naturschützer in die Mitte der Gesellschaft. Ich danke in diesem Zusammenhang allen Bäuerinnen und Bauern in diesem Land.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben daher mit dem Runden Tisch einen Dialogprozess begonnen, der aufgezeigt hat, wie man Ökologie und Ökonomie, Naturschutz und Landwirtschaft miteinander versöhnen kann. Ich danke dem Ministerpräsidenten ganz ausdrücklich für die Einberufung dieses Runden Tisches, dem es gelungen ist, völlig gegensätzliche Positionen zusammenzubringen. Das war ein Experiment. So etwas kann auch anders

ausgehen. Es ist gelungen, und deshalb war es eine großartige Idee. Herzlichen Glückwunsch, Markus Söder!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke aber auch Alois Glück für seine herausragende Vermittlungsarbeit als Moderator des Runden Tisches, und natürlich danke ich auch allen Mitwirkenden, von den Naturschutzverbänden bis hin zum Bayerischen Bauernverband, für ihre jeweils überaus konstruktive Haltung. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Dialog alle Beteiligten und auch unser Land insgesamt weitergebracht hat. Nach meiner Überzeugung war dieser Dialog typisch bayerisch. Ich glaube nicht, dass es anderswo in Deutschland so einfach gewesen wäre, die Leute zusammenzubringen, damit sie miteinander und nicht übereinander reden, damit sie nicht nur streiten, sondern auch gemeinsam ein Ergebnis herbeiführen. Das ist typisch bayerisch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind uns sehr wohl der Belastungen und Einschränkungen bewusst, die die vorliegenden Gesetzentwürfe bei der Landnutzung zweifellos mit sich bringen. Ich nenne beispielhaft nur den Schutz der Streuobstbestände als Biotop oder die Veränderungen bei der Grünlandnutzung. In den wesentlichen Punkten ist es uns aber gelungen, Härten für die Landwirtschaft abzufedern, entsprechende Förderungen als Ausgleich vorzusehen und die Vorschläge des Volksbegehrens insgesamt praktisch umsetzbar zu machen.

Ich nenne als Beispiel nur den Mahdzeitpunkt für Grünflächen. In unserem Gesetz stellen wir klar, dass das Verbot, vor dem 15. Juni zu mähen, eine bayernweite Zielvorgabe und nicht eine Vorgabe für den einzelnen Betrieb ist, weil sich die natürlichen Verhältnisse in Bayern ganz gewaltig voneinander unterscheiden. Das Gleiche gilt für den Walzzeitpunkt, den 15. März.

Darüber hinaus wollen wir einen Biotopverbund im Offenland schaffen. Wir wollen aber auch Flexibilität bei der Auswahl und Beschaffung dieser Flächen. Wir wollen keine Vorschriften für den einzelnen Betrieb, sondern verfolgen das gemeinsame Ziel, eine wesentliche Verbesserung zu erreichen. Wir bleiben unserem Grundsatz treu, dass zusätzliche Lebensräume für Natur und Artenvielfalt nicht durch Zwangsmaßnahmen und Verbote, sondern nur in Kooperation mit der Landwirtschaft und den Grundeigentümern geschaffen werden können.

Nicht zuletzt schaffen wir mit unserem Gesetzentwurf die Voraussetzungen dafür, dass auch bei den künftig als Biotop geschützten Streuobstbeständen eine naturschonende Bewirtschaftung möglich bleibt und dass ein finanzieller Ausgleich für die Einstufung als Biotop gewährt wird. Wir dürfen nie vergessen, dass es Streuobstwiesen nur deswegen gibt, weil Landwirte Streuobstwiesen angelegt haben. Diese Wiesen haben sich nicht selber ins Land gestreut.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen müssen wir diese Leistungen auch berücksichtigen. Streuobstwiesen können auf Dauer nur erhalten werden, wenn sie dauernd gepflegt werden und wenn alte Bäume auch wieder ersetzt werden. Obstbäume sind keine Eichen, die Hunderte von Jahren alt werden. Auf Dauer werden wir Streuobstwiesen nur haben, wenn die Bauern bereit sind, neue Streuobstwiesen anzulegen, meine Damen und Herren. Deswegen müssen wir bei der Beratung dieser Entwürfe ganz genau darauf achten, dass wir bei diesem Punkt auch in der Zukunft eine positive Bilanz erreichen. An dem Beispiel der Streuobstwiesen wird klar, dass es nur zusammen mit unseren Bauern geht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Somit werden wir den Entwurf des Volksbegehrens verbessern, aber nicht verwässern. Wir sorgen für einen vernünftigen Ausgleich zwischen den Zielen des Artenschutzes und den Belangen der landwirtschaftlichen Praxis. Wir wollen schnell Klarheit schaffen, wie sich die neuen Regelungen auf Bewirtschaftung und Förderung auswir-



ken und wo es in der Praxis noch Unsicherheiten gibt. Wir werden bewährte Förderprogramme für die Landwirte, für den Natur- und Artenschutz aufstocken und zusätzliche Förderangebote schaffen. Das alles hätte ein Volksbegehren allein niemals leisten können.

Meine Damen und Herren, niemand kann die Augen davor verschließen, dass sich die Landwirtschaft heute auch jenseits dieses Volksbegehrens völlig veränderten gesellschaftlichen Ansprüchen anpassen muss. Ich versichere aber allen Bäuerinnen und Bauern: Diese Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen stehen dabei auch zukünftig als verlässliche Partner fest an ihrer Seite.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Gesamtpaket, das die Staatsregierung und die Regierungsfaktionen heute vorlegen, geht noch weit darüber hinaus. Der Artenschutz ist nicht nur Aufgabe der Landwirtschaft, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir haben deshalb einen Katalog von Maßnahmen in unserem Antrag aufgeführt, denn wir wollen, dass Bayern auch in Zukunft Vorreiter in Sachen Ökologie und Artenschutz in ganz Deutschland und darüber hinaus bleibt, und zwar durch die Einrichtung zusätzlicher Öko-Modellregionen, die Ausweitung und die Verankerung bewährter Vertragsnaturschutzprogramme, die Einführung der Biodiversitätsberatung und den Ausbau der Wildlebensraumberatung, die Reduzierung des Einsatzes chemischer Pflanzenschutzmittel, das Verbot vermeidbarer Lichtverschmutzung zum Schutze unserer Tierwelt, mehr Begrünung bei den staatlichen Liegenschaften und im Straßenbau und die Verankerung neuer Lehrinhalte zur Alltagskompetenz an den Schulen.

Eines will ich in diesem Zusammenhang deutlich machen: In Bayern fangen wir nicht bei null an. Wir entdecken nicht jetzt plötzlich den Wert des Natur- und Artenschutzes als wichtiges Anliegen. Wir setzen vielmehr einen konsequenten, einen erfolgreichen Weg fort. Ich habe vorher im Zusammenhang mit Herrn Kollegen Hartmann gesagt, was wir in Bayern alles wesentlich intensiver und besser machen als in anderen Län-

dern. Wir brauchen deshalb keine Nachhilfe in Sachen Natur- und Umweltschutz. Aber wir nutzen dieses Volksbegehren, um noch besser zu werden und ein sichtbares Zeichen für mehr Artenschutz und ein besseres Miteinander von Ökologie und Landwirtschaft zu setzen.

Ich danke allen in der Staatsregierung, bei unserem Koalitionspartner und in der CSU-Landtagsfraktion, die das vorliegende Gesamtpaket in intensiven Beratungen auf den Weg gebracht haben. Meine Damen und Herren, ich hoffe auf eine gute, sachliche und erfolgreiche Beratung in diesem Hohen Haus.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Der nächste Redner ist von der AfD: Herr Prof. Dr. Hahn.

(Beifall bei der AfD)

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Artenvielfalt schützen, Bienen retten – das hört sich erst einmal sehr gut an. Der vorliegende Gesetzentwurf ist aber nicht sehr gut, denn er klammert viele wahre Ursachen aus und ist fachlich nicht fundiert. Das sage ich Ihnen nicht als Jurist oder als Politiker, sondern als Ökologe, der seit über 25 Jahren für die Biodiversität forscht.

(Beifall bei der AfD)

Eine methodisch dürftige und nicht repräsentative Studie, die Sie als Krefelder Studie kennengelernt haben – sie stammt von einigen Hobbyentomologen – ist der Auslöser dafür, dass wir jetzt in Bayern von Artenschwund reden und das Artensterben ausgerufen wird. Wir haben es gerade gehört: das größte Artensterben seit den Dinosauriern. Waren damals auch die Menschen dafür verantwortlich, dass die Dinosaurier ausgestorben sind? – Was wir gerade von den GRÜNEN gehört haben, das ist fachlich sehr unfundiert. Nicht viel besser ist dieses Gesetz gemacht, denn es hat die Auswirkung, dass die Bauern auf ihrem eigenen Grund und Boden nicht mehr tun dürfen, was sie eigentlich wollen.

(Beifall bei der AfD)

Dabei haben GRÜNE und CSU diese katastrophale Energiewende, die einen Hauptgrund des möglichen Artenschwundes und des Insektenrückgangs darstellt, doch selbst herbeigeführt. Erst durch sie entstand eine Intensivierung und Monotonisierung der Landwirtschaft. Erst durch sie entstand der einseitige Anbau von Energiepflanzen – landauf, landab, wohin man nur schaut – und dadurch eine Konkurrenz zur Nahrungsmittel- und Tierfutterproduktion. Windkraftträder erschlagen aber nicht nur Rotmilan, Seeadler und Weißstorch in der Agrarlandschaft, sondern sie werden auch bewusst in die Wälder hineingebaut, wo sie unsere bedrohten Fledermäuse verhäckseln: den Großen Abendsegler, die Rauhaufledermaus, die Zwergfledermaus. Diese Tiere können nicht sprechen. Diese Tiere können auch nicht sagen, was sie von der Energiewende halten. Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen dazu aber etwas sagen: In Deutschland hat es noch nie eine verheerendere Energieform gegeben als die Windkraft mit einer unübertroffenen hohen Zahl an direkten Todesfällen im Tierreich.

(Beifall bei der AfD)

Obwohl von hiesigen Regierungen jahrelang keine Forschungen zum Artenschwund durch Windräder gefördert wurden, zeigt nun die Studie des Instituts für Technische Themodynamik des DLR einen gravierenden Impact auf Fluginsekten, also auf unsere wichtigsten Blütenbestäuber: 1.200 Tonnen tote Insektenbiomasse im Jahr oder 1.200 Milliarden getötete Einzeltiere pro Jahr. Frau Göring-Eckardt von den GRÜNEN könnte man also sagen: Jede Biene, jeder Schmetterling und jeder Vogel in diesem Land sollte wissen, von wem er erschlagen wird.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Landwirte werden vom Volksbegehren zu den Sündenböcken des Artenschwundes gemacht. CSU und FREIE WÄHLER stellen sich in der Staatsregierung nicht schützend vor die Bauern. Sie versuchen nur, sie über das Begleitgesetz mit Steuergeldern ruhig zu stellen. Wenn die Bauern Teile ihrer Fläche unbearbeitet lassen, dann

sollen sie dafür entschädigt werden. Sie bekommen folglich Geld für das Nichtstun, und obendrein wird ihnen ihre unternehmerische Freiheit genommen. Unsinnige Bestimmungen wie ein fixes Walzdatum – wir haben es gehört, es geht bis zum 15. März – oder ein fester Mahdzeitpunkt – die Mahd darf frühestens am 15. Juni stattfinden – oder auch der – man muss schon sagen – planwirtschaftlich festgelegte Anteil von 30 % Ökolandbau werden im Endeffekt doch gerade die Biobauern hart treffen. Sie müssen sich dann nämlich mit dem Lohndumping für ihre Produkte, für die sie jetzt noch gut bezahlt werden, auseinandersetzen.

Summa summarum kann man deshalb sagen: Der Gesetzentwurf, dieses Volksbegehren, ist wirklich amateurhaft gemacht. Herr Ministerpräsident Söder, Sie lassen sich aus Angst vor den GRÜNEN zu einer falschen und einseitigen Umwelt- und Agrarpolitik treiben.

(Beifall bei der AfD)

Welche Chance hat die Staatsregierung vertan! – Die Bürger sind in Scharen zu den Rathäusern geströmt, weil sie eine Volksabstimmung wollten. Das ist ein schönes Zeichen der demokratischen Kultur, das die AfD ausdrücklich befürwortet. Die bayerischen Bürger wollen das Gesetzgebungsverfahren, so wie das in der Verfassung des Freistaats garantiert wird, eigenständig in die Hand nehmen. Der Gesetzestext des Volksbegehrens soll nun von der Mehrheit in diesem Haus übernommen werden. Gleichzeitig zeigt die Staatsregierung aber, dass sie von den Inhalten sehr wenig hält. Ohne überhaupt zu überprüfen, ob das Gesetz in seiner Wirkung ausreicht, werden gravierende Änderungen und Ausführungsbestimmungen hinzugefügt, quasi über ein Zweitgesetz. Ein solches Vorgehen, meine Damen und Herren, ist in Artikel 74 der Bayerischen Verfassung aber nicht vorgesehen. Das Vorgehen der Staatsregierung halten wir deshalb verfassungspolitisch für verfehlt.

Wenn Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dieses Vorgehen mit Ihrer Zustimmung billigen – und meine Worte richte ich nun an alle in diesem Hause –, dann schaffen

Sie einen neuen Präzedenzfall. In Zukunft kann jedes Volksbegehren in dieser Weise unterlaufen werden. Halten Sie sich aus Respekt vor dem direktdemokratischen Element in der Verfassung an die verfassungsrechtlich vorgesehenen Verfahren. Stellen Sie Ihr Änderungsgesetz als eigenen Alternativentwurf in einem Volksentscheid zur Wahl.

Ich fasse zusammen: Leidtragende Ihres Gesetzes werden erstens die zahlreichen Insekten und andere Arten sein, die nach wie vor unter Ihrer Energiewende mortal zu leiden haben, zweitens die Bauern, die zu unfreien Alimmenteempfängern werden und auf eigenem Boden weitere Bürokratie und Bewirtschaftungsverbote aufgebracht bekommen. Drittens. Die Zeche zahlen wieder einmal die Bürger und Steuerzahler, also die mündigen und arbeitenden Menschen in Bayern; ihnen wird ein Volksentscheid verwehrt.

(Heiterkeit bei Ministerpräsident Dr. Markus Söder)

– Ja, Sie lachen, Herr Söder; es ist aber leider so. – Dafür dürfen sie jährlich mindestens 75 Millionen Euro für Naturschutz und Stilllegungssubventionen aufbringen. Mal schauen, wie lange die nun stotternde Wirtschaft das noch hergibt.

Besonders aber untergraben Sie mit dem gewählten Vorgehen unsere Verfassung und damit unsere Demokratie. – Daher mein Appell an alle verantwortungsbewussten und mit gesundem Menschenverstand ausgestatteten Parlamentarier und Parlamentarierinnen: Lehnen Sie dieses Gesetz ab!

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Damit komme ich zum Aufruf des nächsten Redners und bitte Herrn Arnold ans Mikrofon. Herr Abgeordneter, bitte schön.

**Horst Arnold (SPD):** Herr Präsident! Das, was der Vorredner geäußert hat, unter fachlicher Fundierung einzureihen, ist aus meiner Sicht sehr wunschhaft und Illusion. Ich freue mich, dass wir in den Beratungen konstruktiv voranschreiten und eine Ableh-

nung kategorisch grundsätzlich erst nach der Zweiten Lesung stattfindet. Was Sie hier zum Besten geben, ist Klamauk – Klamauk, der in diesem Zusammenhang dem ernstesten Thema des Artenschutzes nicht gerecht wird.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Der Artenschutz ist eines der wichtigsten und intensivsten Themen der letzten Woche und der letzten Monate. Klar ist aber: Den wesentlichsten Teil haben die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer immensen Beteiligung am Volksbegehren "Artenvielfalt" erledigt.

Eigentlich war es zwingend, dass die Staatsregierung dem Landtag nun empfiehlt, das Volksbegehren anzunehmen. Der Runde Tisch zur Verbesserung und zur Verständigung ist allerdings laut einer gestrigen Pressemitteilung der FREIEN WÄHLER beendet. Sie, Herr Ministerpräsident, haben jetzt gesagt, dass dieser weitergehe. Diese Vielfalt von Meinungen möchte ich geklärt wissen, weil der Runde Tisch dann an sich unvollständig wäre.

Was als Diskussions- und Konsensualveranstaltung gedacht war, endet aber auch in der Tat faktisch unvollendet und erzeugt allenthalben Enttäuschung. Die ehrenamtlichen Obmänner des Bayerischen Bauernverbandes zeigten sich in Herrsching gemäß ihrer Presseerklärung vom 3. Mai schwer enttäuscht. Der BDM, der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter, ist schwer enttäuscht. Der Bund Naturschutz kritisiert, dass das Naturwaldkonzept überhaupt nicht übernommen wurde. – Alle diese Kritiken dokumentieren, dass dieser Runde Tisch unvollendet ist.

Zwar ist Ihr Ansatz zu begrüßen, ein zweites Gesetz nachzulegen, aber schon am Titel "Versöhnungsgesetz" wird deutlich, Herr Ministerpräsident, dass Sie ein schlechtes Gewissen haben. Eine gesetzlich verordnete Versöhnung – wenn das mal gut geht.

Für die SPD-Fraktion kündige ich konstruktive, respektvolle Beratungen mit eigenen Änderungsanträgen zu diesem Gesetz an. Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen, wie Sie aus der Bayerischen Verfassung zitiert haben, ebenfalls schützen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich ist das Vorgehen der Staatsregierung und der Mehrheitsfraktionen an vielfacher Stelle verwunderlich, ja, geradezu irritierend. Wer ein Versöhnungsgesetz ankündigt, sollte sich auch in der politischen Rhetorik und im politischen Handeln danach richten. Herr Aiwanger, Sie haben den Initiatoren des Volksbegehrens hingegen unverhohlen einen Kolonialismus einer städtischen Elite gegen die ländlichen Räume vorgeworfen.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Das werde ich auch weiterhin sagen!)

– Machen Sie weiterhin. Prima! So viel zur Versöhnung, Herr Wirtschaftsminister.

Die Frau Ministerin Kaniber sagte noch im Februar beim Imkertag, der Gesetzentwurf des Volksbegehrens enthalte gravierende fachliche Fehler und Elemente von Planwirtschaft; sie könne ihn nicht unterstützen. Heute empfehlen Sie – unverändert – die Übernahme.

Diese Fehler wollen Sie mit dem sogenannten Versöhnungsgesetz ausbessern. Wie gesagt, die Reaktionen der vergangenen Tage zeigen aber, dass von einer Versöhnung leider noch nicht wirklich die Rede sein kann.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Das liegt nicht nur an uns!)

Die Irritationen sind bei Weitem noch nicht beseitigt, und durch Ihren eilig hinterhergeschobenen Entschließungsantrag, der bei uns nicht einmal auf der Tagesordnung steht, tragen Sie eher zur Verunsicherung bei – ein bunter Strauß von Absichtserklärungen, die in der Tat nach Taten schreien; diese lassen allerdings massiv zu wünschen übrig.

Um es klar zu sagen: Hätten Sie unsere Forderungen in den vergangenen Legislaturen nach einer Humusstrategie und nach einer Moorstrategie sowie unsere Vorschläge für ein Gesetz zu Uferrandstreifen und zu Gewässerrandstreifen nicht jahrelang abgelehnt, dann bräuchte es jetzt keine Versöhnung, sondern die Dinge wären bereits geregelt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Aiwanger, Sie haben in diesem Zusammenhang das Volksbegehren als Kartoffelsack bezeichnet. In einem Punkt müssen wir Ihnen schon Respekt aussprechen, und zwar dafür, dass Sie in Ihrem Gesetzentwurf als Staatsregierung den bayernweiten Biotopverbund um 2 % aufstocken – mehr als gefordert – und damit 80.000 Hektar mehr für diesen Zweck zur Verfügung stellen. Ich hoffe, dass das abgesprochen ist, denn genau das ist die Kritik, die wir am Runden Tisch hören müssen.

Der Zweifel ist auch in facto nicht behoben. Herr Ministerpräsident, am 3. April haben Sie angekündigt: Wir haben daraus gelernt. Wir wollen Bioessen in bayerischen Kantinen umsetzen. – Das haben Sie am 03.04. angekündigt, und tatsächlich hat Schwarz-Orange am gleichen Tage im Agrarausschuss gegen einen Antrag, der zum Thema hat, Bioessen regional umzusetzen, gesprochen. Simultan an einem Tag! Hier kann man nach Glaubwürdigkeit fragen und muss die Frage nach der Beweislastumkehr stellen.

Zudem zeigt sich, dass viele Ihrer Maßnahmen die Verwaltung notwendigerweise herausfordern. Wer sagt: "Ich muss das umsetzen", braucht natürlich auch Bürokratie. Wie soll das aber gehen, wenn das Personal an allen Ecken und Enden zu wenig ist? – Kommende Woche haben Sie allerdings in den abschließenden Haushaltsberatungen noch einmal die Möglichkeit, dieses Problem mit zu lösen. Wir haben in unseren Haushaltsanträgen genau diese Personalreserven jetzt schon beantragt, um den Herausforderungen dieses Volksbegehrens gerecht zu werden. Stimmen Sie unseren Anträgen zu!



(Beifall bei der SPD)

Einige Punkte in Ihrem sogenannten Versöhnungsgesetz sind auch deutlich unpräzise. Sie versäumen zum Beispiel, dafür Sorge zu tragen, die Beweidung der Gewässerrandstreifen zu ermöglichen; dabei sind aber gerade im Oberland die größeren Gewässer die Grenze der Weide. Zudem muss unbedingt sichergestellt werden, dass die Grundstückseigentümer – Stichwort: Eigentum – im Vorfeld einer Unterschutzstellung der Flächen rechtzeitig informiert werden. Hier haben Sie aber offensichtlich Ihren eigenen Pakt für das Eigentum nicht richtig verstanden, in dem Sie Transparenz vereinbart haben. Wie überrascht waren all diese Eigentümer, als sie sich auf dem Streuobstwiesenkataster gefunden haben! – Das wurde allerdings wieder zurückgenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Im Übrigen muss sich auch die gemeinsame Agrarpolitik ändern, denn die aktuelle gemeinsame Agrarpolitik ist weder gerecht noch nachhaltig, und sie ist auch nicht im Sinne unserer kleinen und mittelständischen Betriebe. 80 % der gesamten EU-Mittel werden an nur 20 % der – oftmals industriellen – Agrarbetriebe ausgereicht. Wir wollen deshalb eine Landwirtschaft, die von ihrer nachhaltigen Wirtschaftsweise leben kann, den ländlichen Raum wirtschaftlich, kulturell und kulturlandschaftlich bereichert und die für besondere, von der Gesellschaft eingeforderte Leistungen angemessen entlohnt wird. Auch hierfür setzen wir uns in der Debatte ein. – Herr Ministerpräsident, ein Gesellschaftsvertrag, wie Sie das hier preisen, ist das noch lange nicht. Ohne Nachbesserung bleibt das eine Fiktion der heilen Welt.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Lieber Fraktionsvorsitzender, ich danke Ihnen für Ihre Rede. – Als Nächster hat Herr Skutella von der FDP-Fraktion das Wort. Bitte schön.

**Christoph Skutella (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Am Montag hat der Weltbiodiversitätsrat IPBES den bislang umfassendsten Bericht zum weltweiten Status der Artenvielfalt und der Ökosysteme vorgelegt. Dieser Bericht führt uns noch einmal deutlich vor Augen: Die Biodiversität geht dramatisch zurück. Weltweit sind von geschätzt acht Millionen Tier- und Pflanzenarten rund eine Million vom Aussterben bedroht. Diese Zahlen sind alarmierend, und sie sind menschengemacht. Wir Menschen sind dabei, unsere eigene Lebensgrundlage zu zerstören. Ohne die Dienste von Insekten, Vögeln und Säugetieren ist unsere bisher bekannte Lebensweise in Gefahr. Um es mit den Worten von Prof. Dr. Josef Settlner, einem der leitenden Wissenschaftler des IPBES, zu sagen: Die gefährdetste Art ist der Mensch, weil wir darauf angewiesen sind, dass die Ökosysteme funktionieren. – Um den dramatischen Rückgang der Artenvielfalt aufzuhalten, müssen wir einen anderen Umgang mit unserer Natur an den Tag legen, besonders im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit. Wir müssen unserer Fürsorgepflicht gegenüber Mensch und Natur nachkommen. Deshalb begrüßen wir Freie Demokraten es sehr, dass durch das Volksbegehren eine so intensive öffentliche Debatte ausgelöst wurde.

Es bewegt sich etwas. In diesem Sinne halten auch wir die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe für wichtig und zielführend. Auch inhaltlich enthalten sie einige wichtige und richtige Aspekte. Beispielsweise finden wir das Verbot, den Grundwasserstand in Nass- und Feuchtgrünland und in Moor- und Anmoor-Standorten abzusenken, richtig. Nass- und Feuchtgrünland sowie Moore müssen erhalten bleiben; denn sie speichern nicht nur CO<sub>2</sub>, sondern leisten auch einen großen Beitrag zur Sicherung des Grundwasserpegels und zur Milderung kommender Trockenperioden. Auch die geplante Ausweitung des Biotopverbunds ist aus umweltpolitischer Sicht positiv zu bewerten. Zum Erhalt verschiedener Arten und einer wachsenden Population sind diese Verbünde unumgänglich. Auch der Zusammenschluss der Natura-2000-Gebiete kann dadurch leichter gelingen. Schließlich sind wir ebenfalls der Ansicht, dass Pestizide in sensiblen Bereichen zu reduzieren sind und ihre Ausbringung möglichst zu unterlassen ist. Ich plädiere aber dafür, beim Thema Pflanzenschutzmittel wieder mehr Ratio-

nalität einkehren zu lassen. Pflanzenschutzmittel sind nicht per se zu verteufeln. Sie können auch helfen, auf wenig Fläche intensiver zu wirtschaften. Dadurch steht mehr Fläche zur Verfügung, die unter strengen Schutz gestellt werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Werden im Ackerbau weniger Pflanzenschutzmittel eingesetzt, verringern sich die Erträge. Als Konsequenz müssten bisher ungenutzte Flächen zur Nahrungsmittelproduktion herangezogen werden. In summa steigt so der Flächenverbrauch, und der Druck auf die Artenvielfalt erhöht sich. Deshalb müssen wir weg von einer reinen Verbotsstrategie und dazu übergehen, Forschung und Erprobung neuer Pflanzenschutzmittel sowie die Einführung digitaler Mess- und Ausbringmethoden zu fördern und zuzulassen. Die Gleichung "Ökolandbau ist gleich Artenvielfalt" geht für mich nicht auf.

Ich möchte noch eine Anmerkung zur Ökolandbauquote machen. Wer garantiert denn, dass es mit steigendem Bioproduktanteil auch eine entsprechende Nachfrage an Bio-Produkten geben wird? Sollen wir im nächsten Schritt vielleicht die Verbraucher verpflichten, bis zum Jahr 2030 mindestens die dreifache Menge an Bio-Lebensmitteln einzukaufen? – Ein Überangebot führt zu Preisverfall. Planwirtschaft hat noch nie funktioniert.

(Beifall bei der FDP)

Zum Schluss möchte ich explizit auf das sogenannte Versöhnungsgesetz eingehen. Erst einmal finde ich es extrem befremdlich, in welcher Geschwindigkeit die Staatsregierung ein auf die Schnelle zusammengeschustertes Gesetzespaket durch das Parlament peitschen möchte. Dies macht sie nur, um einer möglichen Niederlage bei einem Volksentscheid zu entgehen. Um wessen Rettung geht es dabei eigentlich? Geht es um die Rettung der Bienen? – Ich denke, nicht. Wenn man bedenkt, dass wir als Oppositionsfraktion den Gesetzentwurf am letzten Donnerstag erhalten haben, wird es in den nächsten Wochen noch einiges an Klärungsbedarf geben. Es geht schließlich um nichts weniger als den Kampf gegen das Artensterben, wesentliche Änderungen des

Bayerischen Naturschutzgesetzes und entscheidende Maßnahmen für unsere Landwirte.

Die Streuobstwiesen sollen nun aus Angst – Herr Kollege Körber hatte mit seiner Zwischenbemerkung durchaus recht – abgeholzt werden. Herr Kollege Hartmann, es ist eine politische Entscheidung, ob man Verbote erlässt oder nicht. Unsere Aufgabe als Politiker ist es jedoch, Sicherheit zu geben und Existenzen nicht zu gefährden.

(Beifall bei der FDP)

Angekündigt haben Sie Ihren Gesetzentwurf mit großen Worten. In einem Generationen- und Gesellschaftsvertrag sollen Artenschutz und Landwirtschaft versöhnt werden. Vorgelegt werden sollte ein umfassendes und versöhnliches Gesamtkonzept. Diesen Anspruch kann der Gesetzentwurf aber noch nicht ganz erfüllen. So enthält dieser zwar durchaus gute Ansätze, wie beispielsweise den Ausbau des Vertragsnaturschutzprogramms, aber auch viele Schwachstellen, etwa in Bezug auf das Grünlandwalzverbot nach dem 15. März. Zwar sieht Ihr Gesetzesentwurf eine Befreiungsregelung vor, diese ist aber mit einem unverhältnismäßig hohen Bürokratieaufwand verbunden. Die Naturschutzbehörden – wir haben es schon gehört – sind hilflos und unterbesetzt.

Auch der Gedanke, den Artenschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu sehen, kommt in Ihrem sogenannten Versöhnungsgesetz viel zu kurz. Es fehlt an einem ausgewogenen Maßnahmenprogramm. Bereiche außerhalb der Landwirtschaft werden zu wenig einbezogen. Ein weiteres großes Problem: Alle angekündigten Gelder stehen unter dem Damoklesschwert "Vorbehalt der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel". Landwirtschaftliche Unternehmer brauchen aber Verlässlichkeit und Planungssicherheit, einen Rechtsanspruch. Gerade hier lassen Sie unsere Landwirte im Regen stehen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir unsere mittelständischen landwirtschaftlichen Betriebe unterstützen und zugleich Biodiversität erhalten und stärken wollen, brauchen wir keine Schnellschüsse, sondern gut durchdachte Gesamtkonzepte. Daran wollen wir gemeinsam in diesem Haus in den zukünftigen Beratungen arbeiten.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich bei Herrn Kollegen Skutella für seinen Wortbeitrag. – Ich rufe den Vorsitzenden der Fraktion der FREIEN WÄHLER, Herrn Florian Streibl, auf. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte verläuft heute sehr diszipliniert und ruhig – bis auf den Beitrag von der AfD. Das war ein Komikerbeitrag. Zu der SPD muss man sagen: Die Gewässerrandstreifen umfassen nicht das Grünland.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Heute ist ein großer Tag für den Artenschutz sowie für den Klima-, Umwelt- und Naturschutz in Bayern. Unsere heutige Diskussionskultur wird diesem Anspruch gerecht. Wir, die Regierungsfractionen der FREIEN WÄHLER und der CSU, haben gemeinsam das Volksbegehren zum Anlass genommen, den Artenschutz in einen gesellschaftspolitischen Prozess einzuspeisen. Deshalb haben wir ein Gesetz des gesamtgesellschaftlichen Artenschutzes vorgelegt. An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich unserem Umweltminister Thorsten Glauber und seinem Haus danken. Er hat sich eingebracht und uns unterstützt. Er hat das Ganze mit auf den Weg gebracht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dies zeigt, dass diese Koalition ein Neuanfang ist. Wir schaffen einen Neuanfang für den Artenschutz in Bayern. Der UN-Bericht zeigt, dass gehandelt werden muss. Wir handeln, und das ist gut so. Was wir nicht brauchen, sind Moralapostel und bewaffnete Missionare, die meinen, alles vorschreiben zu müssen. Wir bauen immer noch weit-

gehend auf die Freiwilligkeit. Freiwilligkeit heißt Freiheit, und Freiheit bedeutet, neu anfangen zu können. Das ist das Wichtige.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, der Artenschutz stellt im Umwelt-, Natur- und Klimaschutz einen zentralen und wichtigen Baustein dar. Es geht dabei um die existenziellen Fragen der Menschen in unserem Land, aber auch auf der ganzen Welt. Wenn wir alle Frieden, Freiheit und Wohlstand auf dem Planeten sichern wollen, müssen wir sensibel mit den Lebensgrundlagen umgehen. Die Artenvielfalt ist ein Geschenk der Schöpfung. Sie ist ein Indikator dafür, wie es um unseren Planeten bestellt ist. Wenn ein Achtel der Arten verschwindet, kann und darf uns das nicht kaltlassen. Wir alle tragen Verantwortung für die Schöpfung und die Erde als unsere Heimat.

Die vielen Menschen, die bei dem Volksbegehren unterschrieben und es zum Erfolg geführt haben, haben das erkannt, und es liegt ihnen am Herzen. Auch den vielen jungen Menschen, die öffentlich auftreten und eine Änderung wollen, liegt das am Herzen. Sie haben es erkannt; aber diejenigen, die unseren Antrag, dem Klimaschutz Verfassungsrang zu geben, an sich abperlen ließen, haben es offensichtlich nicht erkannt und haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, wenn wir die Grundlagen unseres Seins schützen und bewahren wollen, müssen wir eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung übernehmen; es genügt nicht, die Verantwortung einseitig auf Landräte abzuschieben und ihnen die Schuld zuzuweisen.

Zum anderen verurteilen wir auch ein "Greenwashing" der Gesellschaft, einen grünen Ablasshandel, indem man sagt: Wenn ihr hier unterschreibt oder da das Kreuzchen

macht, dann seid ihr moralisch auf der richtigen Seite, dann liegt ihr moralisch so richtig, dass ihr auch zum Eisessen nach Kalifornien fliegen könnt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, Artenschutz geht anders als doppelmoralische Spielchen; denn solche Spiele schaden der Gesellschaft und untergraben das vereinte Handeln.

Wir, die bürgerliche bayerische Koalition, haben erkannt und wollen nicht spalten, sondern einen und rufen daher alle Bewohner Bayerns auf, am Ziel der Artenvielfalt mitzuarbeiten und mitzuwirken. Daher werden auch wir dem Volksbegehren trotz inhaltlicher Schwächen zustimmen; denn das ist der erste Schritt zur Einigkeit in unserem Land.

Meine Damen und Herren, ideologische Spaltung, Diffamierung und Ausgrenzung nützen uns hier nicht. Wir müssen handeln, und wir alle schaffen das auch, deshalb unsere Gesetzesvorlage des gesamtgesellschaftlichen Artenschutzgesetzes, welches das Volksbegehren begleitet, es nicht untergräbt, sondern optimiert und es praxistauglich macht. Dazu haben wir einen Optimierungsantrag gestellt, der die restlichen Punkte aufführt und die Staatsregierung unterstützt.

Meine Damen und Herren, durch Integration weiter Bereiche der Gesellschaft werden wir das Ganze verbessern. Die Landwirte müssen wir bei ihrer großen Aufgabe unterstützen. In diesem Zusammenhang möchte ich den großen Einsatz unserer Landwirte positiv hervorheben; denn sie sind es, die unserem Land ein Gesicht geben; sie sind es, die die Kulturlandschaft erst kreieren und durch ihre Arbeit über Jahrhunderte hinweg erst geschaffen und damit den Boden für die Artenvielfalt in Bayern bereitet haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Den Landwirten, die sich ohnehin stark für den Natur- und Artenschutz in Bayern einsetzen, muss man auch für die Teilnahme am Runden Tisch ein Dankeschön sagen.

Sie haben das ganze Gesetzesvorhaben konstruktiv begleitet. Ich sage hierfür ein Dankeschön an die Landwirtschaft, aber auch an den Runden Tisch und dessen Initiatoren dafür, dass hier ein neuer Weg beschritten worden ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Darüber hinaus wollen wir alle gemeinsam ein neues Zeitalter für Bayern beginnen, mit mehr Artenschutz, mehr Umweltschutz, mehr Naturschutz. Deswegen freut es mich, dass wir einen Passus in das Gesetz einbringen konnten, der dieses neue Zeitalter sichtbar unterstreichen wird, nämlich in der Frage der Lichtverschmutzung. Ab 23:00 Uhr soll keine Bestrahlung öffentlicher Gebäude mehr stattfinden. Das ist ein Signal, das jeder in Bayern erkennen wird. Wir, die Koalition, geben Bayern die Nacht zurück,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

mit der Folge eines gesunden, erholsamen Schlafs, der Energieeinsparung, dass man möglicherweise wieder einen Sternenhimmel sehen kann und dass die Insekten nicht mehr im Scheinwerferlicht ums Leben kommen.

Wir freuen uns, dass auch unser Konzept der Eh-da-Flächen aufgenommen wurde, mit dem die Kommunen unterstützt werden, und dass auch die Fragen der Alltagskompetenz und Lebensökonomie in den Schulen sichtbar gemacht und gestärkt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wer es nämlich nicht schon in der Schule lernt, wie er mit seiner Umwelt umzugehen hat, und die entscheidenden Fragen nicht verinnerlicht, wer nicht weiß, wie er Plastikmüll vermeiden soll, wer Fernreisen nicht hinterfragt, der wird das auch im Erwachsenenalter nicht tun. Deshalb ist dieses Schulfach letztlich ein wichtiger Baustein für den Arten- und Naturschutz in Bayern. Es ist ein wichtiger Bestandteil, dass wir auch auf die Bildungsschiene gehen, nicht nur in die Natur, dass wir das Wissen den Kindern



und jungen Leute vermitteln, damit sie erfahren, wie die Mechanismen sind, die hier ablaufen, und wie man mit der Natur umgeht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Des Weiteren sind wir froh, dass dieser Gesetzentwurf nun in die Anhörung kommt. Wir werden trotzdem an unserem Ziel festhalten, den Klimaschutz in die Verfassung aufzunehmen, und werden hier nicht lockerlassen. Letztlich geht es um die Einigkeit der bayerischen Bevölkerung. Deswegen ist der Begriff der Versöhnung nicht zu weit gegriffen. Allerdings darf die Versöhnung nicht bei der Gesellschaft stehen bleiben, sondern es geht hier auch um die Versöhnung mit der Schöpfung. Dafür wünsche ich uns gute Diskussionen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Danke schön, Herr Abgeordneter. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Zur ersten Zwischenbemerkung darf ich den Herrn Abgeordneten Mang von der AfD-Fraktion aufrufen. Bitte schön.

**Ferdinand Mang (AfD):** Sehr geehrter Herr Kollege Streibl, Ihre Fraktion ist Teil der Regierungskoalition. Sie haben besonders diesen gesamtgesellschaftlichen Ansatz gelobt, dem diese Gesetzentwürfe folgen. Zu diesem gehört auch der Runde Tisch. Ich frage Sie, ob Sie wissen oder mir sagen können, weshalb eine Fraktion einer demokratisch gewählten Partei, nämlich der AfD, zu diesen Gesprächen nicht eingeladen wurde.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Wissen Sie, eine Fraktion, aus der Mitglieder die erste Strophe des Deutschlandliedes singen

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD –  
Zuruf: Bravo! – Ferdinand Mang (AfD): Wir sind demokratisch gewählt!)

und die letztlich die Spezialisten für Diffamierung und Ausgrenzung stellt, hat es verspielt, eine solche Frage überhaupt zu stellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD – Zuerufe von der AfD – Gegenrufe von der CSU)

**Erster Vizepräsident Karl Feller:** Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Arnold. Bitte schön, Herr Kollege.

**Horst Arnold (SPD):** Herr Kollege Streibl, noch einmal zum Gewässerrandstreifen: Es geht um die Beweidung von Gewässerrandstreifen. Gerade bei Ihnen im Oberland grenzen die Weiden auch an Gewässer. Ich denke, dass die Landwirte bei Ihnen froh wären, wenn sie ihr Vieh auch an Gewässerrandstreifen weiden lassen könnten. Das geht mit Ihrem Gesetzentwurf bei aller Fürsorge, die Sie für die Landwirtschaft entwickeln, derzeit nicht. Das ist ein grober Mangel.

Weil Sie es sozusagen auf Ihrer Homepage verkündet haben, dass der Runde Tisch beendet sei – gestrige Pressemeldung –, und der Ministerpräsident heute gesagt hat, er würde weitergehen, frage ich Sie: Ist das ein Abstimmungsversehen, ein Redaktionsversehen, geht für Sie der Runde Tisch nicht weiter, oder arbeitet der Ministerpräsident mit der Staatsregierung an einer anderen Baustelle?

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Arnold, der Runde Tisch hat seine Ergebnisse vorgelegt und seine Arbeit erst einmal gemacht. Insoweit ist er jetzt mal beendet. Dass man weiter in Dialog treten wird und man einen weiteren gesellschaftlichen Dialog braucht, ist natürlich auch klar. Ich hoffe, dass dieser Dialog weitergeführt wird. In welcher Form das dann passiert, ist auch eine Frage für die Staatsregierung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Karl Feller:** Vielen Dank, Herr Streibl. – Ich darf als nächsten Redner den fraktionslosen Abgeordneten Herrn Swoboda aufrufen. Bitte schön.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren Parlamentarier, sehr verehrte Gäste auf der Galerie! "Versöhnung" – das schreit so richtig pathetisch durch den Blätterwald und auch durch dieses Haus. Ich kann natürlich den Herrn Söder sehr gut verstehen, dass er nun den Spieß umdreht und sich an die Spitze der Bewegung setzt, wenn ihm im Bayernland der CSU der grün gesteuerte, volksbegehrlich-revolutionäre Geruch von 1,7 Millionen Öko-Freaks gefahrdrohend für die eigenen Wählerstimmen in die Nase steigt. Sie sind die Erfinder – kann ich 50 Jahre zurückblickend sagen – des Ausräumens der Landschaft durch Flurbereinigung und durch den Slogan "Wachse oder weiche" im bundesweiten Schulterschluss und mit der EU.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit sind wir schon bei den Gründen, warum Arten – wenn sie denn sterben – sterben müssen und vielleicht noch die Bauern dazu. Er möchte ja die Bienen retten und die Bauern auch gleich mit, lastet aber gerade den Bauern, die übrigens nur 40 % Flächenverantwortung im Offenland tragen, die Verantwortung auf. Ansonsten haben die Kommunen, die öffentliche Hand und private Großgrundbesitzer da auch noch eine Verantwortung. Von denen spricht aber keiner. Er lastet diesen Bauern die Verantwortung auf, indem er ihnen zum Beispiel vorgibt, dass statt 10 % Bioverbundflächen, wie im Bund und auf EU-Ebene, nunmehr 15 % Bioverbundflächen zu schaffen sind. Außerdem bekommen sie mehr Bürokratie aufgehalst und natürlich mehr Verbote und Regeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, kommt jetzt nach dem Bienensterben möglicherweise das Bauernsterben? Ein Bauer ist doch für die Ernährung von 128 Menschen zuständig. Ist es wirklich so, dass die Höfe – jährlich sterben 1000 – weiterhin sterben müssen, weil jetzt vielleicht Auflagen kommen, die ein Wirtschaften nicht mehr zulassen und die Nachfolge auf dem Hof nicht mehr rentabel machen? Diese Befürchtung gibt es draußen. Ökologie bekommt mit 30 % Biolandbau Vorfahrt bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN. Im Kontext heißt das für mich, dass die gute fachliche Praxis der konventionellen Landwirtschaft infrage gestellt wird, obwohl man genau

weiß, dass deren leistungsfähige Agrarökonomie zur weltweiten Sicherstellung der Ernährung wesentlich beiträgt.

Liebe Damen und Herren im Hohen Haus, also Vorsicht: Verhöhnung könnte sein, was als Versöhnung gewollt wurde.

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Bitte denken Sie an Ihre Redezeit.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Kommen wir zum Ende. Ich nehme jetzt diese Zugabe, die mir Herr Söder verschafft hat, in Anspruch. Auf einen Punkt möchte ich noch zu sprechen kommen.

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ja, aber achten Sie bitte auf die Redezeit. Sie überziehen bereits.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Ja, ich bin gleich fertig. Das ist der letzte Absatz. "Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel" haben Sie an vielen Stellen im Gesetz vermerkt, in denen es um die Finanzierung von Programmen und Vorhaben geht. Das zeigt, dass alles unter den Vorbehalt der Finanzierbarkeit gestellt wird und somit ein wirklich großes Fragezeichen, ein Zwielicht im Hinblick auf die Erfüllbarkeit Ihres Gesetzes, auftaucht.

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Herr Kollege, Sie sind am Limit.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Okay. – Der große Wurf ist es nicht. Aber ich wünsche Ihnen trotzdem viel Erfolg und einen schönen Tag.

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Danke. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, das Volksbegehren und den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe keine Einwände. Dann ist das so beschlossen.